



Presseschau vom 07.09.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.* Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Timur Fomenko: Liz Truss wird es als neue britische Premierministerin nicht leicht haben

Die bisherige britische Außenministerin Liz Truss wurde nach ihrer Wahl zur neuen Tory-Vorsitzenden zur Premierministerin ernannt. Sie wird wohl weitermachen, wo Boris Johnson aufgehört hat – aber mit weniger öffentlichem Vertrauen und sich verschärfenden Krisen. ...

<https://kurz.rt.com/36c7> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Impfstoffpatente tabu: Wie BioNTech-Chef Şahin auf Ex-Kanzlerin Merkel einwirkte

Dokumente der Internetplattform abgeordnetenwatch.de belegen eine aktive Einflussnahme der Pharmaindustrie auf die Politik der Bundesregierung, um eine Patentfreigabe von Wirkstoffen zu verhindern. Die drohende Einbuße von erhofften Milliarden Gewinnen überwog gegenüber einer weltweiten Gesundheitsversorgung mit Corona-Impfstoffen. ...

<https://kurz.rt.com/36av> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: Deutschland rutscht in die Rezession – Wie lange hängt von der Politik ab, die sie verursacht hat

Eine Rezession in Deutschland lässt sich nicht mehr abwenden. Die Probleme, die sie verursachen, sind hausgemacht, der wirtschaftliche Einbruch hat politische Gründe. Er ließe sich daher vermeiden. Doch Berlin beharrt auf der Beibehaltung des eingeschlagenen Kurses. ...

<https://kurz.rt.com/36b0> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Erste Klage gegen BioNTech – wegen Schäden durch den Corona-Impfstoff Comirnaty

Erstmals sieht sich das Mainzer Pharmaunternehmen BioNTech in Deutschland mit einer Sammelklage konfrontiert. Diese beruht auf mehreren Fällen von Betroffenen, die Corona-Impfschäden auf den Wirkstoff Comirnaty zurückführen. Nach dem Scheitern außergerichtlicher Einigungen erfolgen nun Klageansprüche in sechsstelliger Höhe. ...

<https://kurz.rt.com/36dd> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: Russland vor dem Aus? Fake News aus dem Hause Springer

Der Nachrichtendienst Bloomberg berichtete über eine Studie im Auftrag des Kreml, die die wirtschaftlichen Auswirkungen der Sanktionen auf Russland untersucht. Deutsche Medien nehmen den Bericht auf und unterlegen ihn mit Schwarzmalerei. ...

<https://kurz.rt.com/36e3> bzw. [hier](#)

Waleri Korowin: Russophobie als neue (alte) Ideologie

In der postsowjetischen Ukraine wird, erst recht seit 2014, eine antirussische Ideologie propagiert, die jegliche Gemeinsamkeit mit allem Russischen abstreitet. Damit verleugnet dieser alt-neue, zutiefst russophobe "Ukrainismus" nicht nur die Geschichte der Ukrainer, sondern erweist sich als ein rassistisches Konzept. ...

<https://kurz.rt.com/36ea> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

21:21 de.rt.com: Städte der Donezker Volksrepublik weiterhin unter Beschuss

Das ukrainische Militär hat am heutigen Dienstag erneut Donezk und weitere Siedlungen in der DVR mit Artillerie angegriffen. Wie die Vertretung der Donezker Volksrepublik beim Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordination über Telegram mitteilte, wurden am Abend insgesamt acht Geschosse des NATO-Kalibers 155 Millimeter auf Donezk abgefeuert. Weitere sechs 155-Millimeter-Geschosse wurden auf die etwa zehn Kilometer südlich von Donezk gelegene Siedlung Jelenowka abgefeuert. Außerdem sei die Siedlung Sajzewo in der Nähe von Gorlowka mit zwölf 152-Millimeter-Geschossen angegriffen worden.

21:42 de.rt.com: Gazprom: China wird für russische Gaslieferungen in Rubel und Yuan zahlen

Der russische Energieriese Gazprom und der chinesische Ölkonzern Sinopec (CNPC) haben vereinbart, die Zahlungen für russische Gaslieferungen über die Pipeline Kraft Sibiriens in Rubel und Yuan zu leisten. Dies gab das russische Unternehmen bekannt.

Das russische Erdgasförderunternehmen Gazprom hat verlautbart, dass zusammen mit dem staatlichen chinesischen Ölkonzern [Sinopec](#) (CNPC: China National Petroleum Corporation), dem weltweit [fünftgrößten](#) Unternehmen, für die Gaslieferungen über die Pipeline "[Kraft Sibiriens](#)" (russisch [Сила Сибири](#)) nach China die Abrechnungen auf Rubel und Yuan umgestellt werden. In der Erklärung hieß es:

"Beim Treffen wurden zusätzliche Vereinbarungen zum langfristigen Vertrag über den Kauf und Verkauf von Gas über die Ostroute unterzeichnet. Insbesondere wurde der Übergang zu Abrechnungen für russische Gaslieferungen nach China in den nationalen Währungen der Länder – Rubel und Yuan – festgelegt."

Alexei Miller, der Vorstandsvorsitzende von Gazprom, bezeichnete die neue Zahlungsvereinbarung als eine für beide Seiten vorteilhafte, zeitnahe, zuverlässige und praktische Lösung. Der Gazprom-Chef unterstrich:

"Ich glaube, dass dies die Abrechnung vereinfachen, ein hervorragendes Beispiel für andere Unternehmen sein und der Entwicklung unserer Volkswirtschaften einen zusätzlichen Impuls verleihen wird."

Zudem besprachen der Gazprom-Chef und der Sinopec-Präsident und Vizevorsitzende Dai Houliang ein Projekt zur Lieferung von Gas aus Russland nach China über die alternative "Fernost-Route", mit dessen Planung Gazprom bereits begonnen hat. Auch die Umsetzung der beiden Gaspipelineprojekte "[Kraft Sibiriens 2](#)" in Russland und "Sojus Wostok" (zu Deutsch Union Ost) in der Mongolei, die das jeweilige russische und chinesische Gastransportsystem miteinander verbinden sollen, wurde angesprochen.

Russische Gaslieferungen nach China über "Kraft Sibiriens" waren Ende 2019 in Gang gekommen, wobei für die ersten fünf Jahre das Erreichen eines Volumens von 38 Milliarden Kubikmeter pro Jahr vorgesehen war. Im Jahr 2021 lieferte Gazprom über diese Pipeline 10,39 Milliarden Kubikmeter Gas nach China und übertraf damit den vertraglich für dieses Jahr vereinbarten Betrag bereits um 390 Millionen Kubikmeter.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63175eafb480cc5bba0ba608.jpg>

21:56 de.rt.com: **Ukrainischer Raketenangriff auf Kohlendepot im Gebiet Cherson**

Ein Kohlendepot in der Stadt Golaja Pristan im Gebiet Cherson ist durch einen ukrainischen Raketenangriff in Brand gesetzt worden. Dies teilte die Pressesprecherin der lokalen Verwaltung, Gloria Nedeljakowa, der Nachrichtenagentur RIA Nowosti mit. Sie fügte hinzu, dass sich zum Zeitpunkt des Angriffs keine Personen im Depot aufhielten, weswegen niemand verletzt wurde.

22:20 de.rt.com: **Erdoğan zu Erdgaskrise: "Europa erntet, was es gesät hat"**

Der türkische Präsident warf den EU-Regierungen vor, für die jetzige Lage selbst verantwortlich zu sein. Er sprach von "unlogischen und oft absurden" Schritten gegenüber Russland. Er betonte, dass die Türkei keine Erdgasknappheit habe.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat am Dienstag auf einer [Pressekonferenz](#) in Ankara gewarnt, dass der bevorstehende Winter sich für die europäischen Staaten als hart erweisen könnte. Diese Staaten seien selbst daran schuld. Vor Journalisten sagte der türkische Staatschef in Bezug auf die Erdgasknappheit:

"Europa erntet, was es gesät hat."

Die Haltung der Länder gegenüber dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und die umfassenden Sanktionen, die gegen Moskau verhängt wurden, seien schuld an der aktuellen Krise.

"Ich denke, dass Europa diesen Winter mit ernststen Problemen verbringen wird. Die Türkei hat im Moment keine derartigen Probleme mit der Gasversorgung."

Erdoğan's Äußerung erfolgte, nachdem Moskau vor einem "riesigen globalen Sturm" gewarnt hatte, der durch die "unlogischen und oft absurden" Maßnahmen der westlichen Staaten ausgelöst werde. In einer Erklärung vom Montag wies der Kreml darauf hin, dass die von den USA, der EU und anderen Ländern gegen Russland verhängten Sanktionen nach hinten losgegangen seien und zu einer umfassenden Energiekrise sowie zu einer Rekordinflation im Westen geführt hätten.

Die Erdgaspreise stiegen am Montag sprunghaft um 30 Prozent, nachdem die russische Pipeline Nord Stream 1 wegen sanktionsbedingter Wartungsprobleme nicht wieder in Betrieb genommen werden konnte. Der russische Energieriese Gazprom, der die Pipeline betreibt, teilte mit, dass die Gasroute auf unbestimmte Zeit geschlossen bleibt, nachdem bei einer Inspektion technische Probleme mit der Hauptturbine festgestellt wurden.

Moskau behauptet, das Einzige, was die Pipeline Nord Stream 1 daran hindere, mit voller Kapazität zu arbeiten, seien die vom Westen verhängten Sanktionen, während Gazprom auch davor gewarnt hat, dass die antirussischen Restriktionen die regelmäßige Wartung der Pipelineausrüstung behindern.

Europäische Staats- und Regierungschefs haben Moskau vorgeworfen, Energielieferungen als

geopolitische Waffe einzusetzen, während der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz erklärte, Russland könne nicht länger als zuverlässiger Energiepartner betrachtet werden.

<iframe

data-src="https://odysee.com/\$/embed/erdogan-zur-energiekrise/07208f63e355d79fafcb48933ee8b2eb841e504c" allowfullscreen="" width="853" height="480"

frameborder="0"></iframe>

<https://odysee.com/erdogan-zur-energiekrise:07208f63e355d79fafcb48933ee8b2eb841e504c?src=embed>



<https://thumbs.odycdn.com/7a91b2973d8b8ebc339d81ab128844aa.webp>

22:29 de.rt.com: **Verwaltung des Gebiets Saporoschje: IAEA drückt die Augen beim ukrainischen Beschuss des Kernkraftwerks zu**

Die Internationale Organisation für Atomenergie (IAEA) drücke die Augen beim ukrainischen Beschuss des Atomkraftwerks von Saporoschje zu. Diese Meinung äußerte nach Angaben von RIA Nowosti das Mitglied des Hauptrats der Verwaltung des Gebiets Saporoschje Wladimir Rogow in Bezug auf den am heutigen Dienstag erschienenen Bericht der IAEA zur Lage am AKW.

Im Bericht der IAEA rief die Behörde zur Einstellung des Beschusses des Kraftwerks und zur Errichtung einer Sicherheitszone um die Anlage auf. Welche Seite konkret die Schuld am Beschuss trage, wurde allerdings nicht angegeben. Rogow erklärte daraufhin, dass eine Sicherheitszone um das AKW bereits bestehe. Die terroristische Gefahr für die Reaktoren gehe allein von Kiew aus. Die Nichterwähnung dieser Tatsache im Bericht der IAEA zeuge davon, dass die Behörde ihre Dienstpflichten vernachlässige.

22:58 de.rt.com: **Russischer Botschafter bei der UNO: Vorschlag zur Demilitarisierung des Saporoschje-AKW's unseriös**

Der Ständige Vertreter Russlands bei der UNO Witali Nebensja hat Aufrufe zur Demilitarisierung des Kernkraftwerks Saporoschje als unseriös bezeichnet. Angaben der Nachrichtenagentur RIA Nowosti zufolge sagte er:

"Das ist unseriös. Denn wenn wir das Kraftwerk demilitarisieren, wird es sofort von den Ukrainern besetzt. Wir verteidigen das Kraftwerk."

Der Botschafter erklärte, dass das AKW "de facto demilitarisiert" sei. Auf dem Gelände des Kraftwerks befinde sich kein Kriegsgerät. Er führte aus:

"Es ist nur die Wachmannschaft, die das Kraftwerk schützt, physisch anwesend. Es gibt keine Artillerie, nur Lastwagen, die Soldaten transportieren."

Die Strahlungswerte um das Kraftwerk seien im Normbereich, allerdings seien bei weiteren Provokationen Unfälle nicht auszuschließen. Nebensja erklärte hierzu:

"Die Verantwortung dafür liegt vollständig bei Kiew und deren westlichen Schutzherren

sowie den restlichen Mitgliedern des Sicherheitsrats, die immer noch keinen Mut haben, die Dinge beim Namen zu nennen und Kiew aufzurufen, ihre verantwortungslosen Handlungen gegenüber dem Saporoschje-AKW einzustellen."

vormittags:

7:00 de.rt.com: **Ex-Premierminister Italiens: Militärischer Sieg über Russland ist unmöglich**

Der Vorsitzende der Fünf-Sterne-Bewegung und ehemalige italienische Ministerpräsident Giuseppe Conte hat zugegeben, dass die Sanktionen gegen Russland nicht sehr wirksam sind und ein militärischer Sieg über Russland unwahrscheinlich ist. In einem Interview mit der Zeitung Corriere della Sera sagte er am Dienstag:

"Was die Sanktionen anbelangt, die für uns äußerst schädlich sind, so haben sie keine großen Auswirkungen auf Russland."

"Jemand ging davon aus, dass die russische Wirtschaft in die Knie gehen würde, aber das beruht auf Unkenntnis darüber, wie die russische Wirtschaft strukturiert ist. Dennoch denke ich, dass die Sanktionen beibehalten werden sollten. Für Europa ist dies eine Frage des Prinzips."

Die fortlaufende Lieferung von Waffen an die Ukraine werde jedoch zu einer deutlichen Erhöhung der Militärausgaben der NATO-Länder führen, wogegen sich Conte ausspreche. Er hob hervor:

"Auf diese Weise werden wir jahrzehntelang in einem Krieg enden. Am Ende werden wir an einen Punkt kommen, an dem die Situation wirtschaftlich nicht mehr aufrechtzuerhalten ist, der wirtschaftliche Niedergang wird so stark sein, dass wir nicht überleben werden, die öffentliche Meinung wird die Situation nicht mehr akzeptieren, ganz zu schweigen von den unschuldigen Opfern, dem Risiko einer militärischen Eskalation bis hin zu einer nuklearen. Und mir wird in diesem Zusammenhang die Illusion einer Strategie angeboten, um einen militärischen Sieg über Russland zu erringen, was nicht geschehen wird oder zumindest sehr unwahrscheinlich ist."



[https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63181d6d48fbef6ec7155ed6.jp](https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63181d6d48fbef6ec7155ed6.jpg)

[g](#)

Giuseppe Conte

7:29 de.rt.com: **US-Finanzministerium: Indien ist offen für die Idee einer Obergrenze für den Preis auf russisches Öl**

Indien sende "ermutigende Signale" zur Bereitschaft, die Idee einer Preisobergrenze für Öl aus Russland zu diskutieren. Das verkündete der Unterstaatssekretär des US-Finanzministeriums Wally Adeyemo gegenüber Bloomberg. Er erklärte:

"Ich habe am Wochenende eine ermutigende Nachricht vom indischen Ölminister erhalten, dass sie über die Möglichkeit eines Beitritts diskutieren."

Am Freitag haben sich die Finanzminister der G7-Staaten darauf geeinigt, eine "Preisobergrenze" für Öl aus Russland einzuführen. Die Regierung von US-Präsident Joe Biden lud auch Indien ein, der Koalition beizutreten.

7:57 de.rt.com: **Mangel an Diesel-Zusatz AdBlue wird zu dramatischen Auswirkungen nicht nur bei Speditionen führen**

Was sich seit Mitte August angekündigt hatte, ist nun eingetreten: Die SKW Stickstoffwerke Piesteritz mussten wegen der Gaskrise ihre Produktion einstellen. Dies bedeutet, dass auch kein Dieselzusatz "AdBlue" mehr hergestellt wird, der für den Betrieb moderner Diesel-Lastwagen und -Busse unverzichtbar ist. Nicht nur Speditionen droht das Aus.

Wie die [Sächsische Zeitung](#) berichtet, mussten die SKW Stickstoffwerke Piesteritz, der größte Stickstoff- und Ammoniakhersteller Deutschlands, ihre Produktion einstellen. Wie das Unternehmen mitgeteilt habe, lohne sich wegen der enorm gestiegenen Energiekosten und der ab Oktober geltenden Gasumlage die Produktion nicht mehr. Daraus folgt, dass auch der Dieselzusatz "AdBlue" nicht mehr erzeugt werde. Die Folgen sind dramatisch, weil ohne diese Harnstofflösung weder Diesel-Lkw noch Busse fahren können. Die Motoren sind heute so gebaut, dass sie AdBlue benötigen.

Die Zeitung zitiert den Unternehmensberater Lucas Fischer, der befürchtet, dass "noch größere Lieferprobleme und im Ernstfall sogar ein totaler Zusammenbruch" drohen könnten. Personalmangel und hohe Spritkosten hätten bereits für großen Schaden bei den rund 14.000 deutschen Speditionen gesorgt.

Drohende Insolvenzen

Weiter heißt es, dass der Mangel an AdBlue nun für viele Betriebe "der letzte Tropfen vor der Insolvenz" sein könnte, wie der auf Speditionen spezialisierte Chef von Media-Recruiting in Gera gewarnt habe. Alle Fahrzeuge, die die Norm Euro-6 erfüllen, könnten ohne AdBlue nicht mehr fahren. "Es ist technisch nicht möglich, und es wäre außerdem Steuerhinterziehung", habe Fischer gegenüber der SZ geäußert. Täglich erhalte er von Unternehmens-Chefs "neue Hiobsbotschaften".

AdBlue wird aus Harnstoff hergestellt, der auch in Dünger, Kunststoff und Kosmetik zum Einsatz kommt. Nach Angaben des Verbands der Automobilindustrie verringere die wässrige Lösung bei der Abgasnachbehandlung von Dieselmotoren die ausgestoßenen Stickoxide um bis zu 80 Prozent.

Die Sächsische Zeitung zitiert den SKW-Sprecher Christopher Profitlich mit folgenden Worten:

"Für uns lohnt es sich derzeit nicht zu produzieren."

Das Unternehmen müsse ab Oktober monatlich 35 Millionen Euro an Gasumlagen bezahlen. Dies sei mehr als der Betrag, den die Firma in einem Jahr als Gewinn erwirtschaftete. Finanziell ließe sich dies nicht mehr stemmen.

"Der AdBlue-Markt trocknet aus", so Profitlich. Ebenso hätten andere Hersteller in Deutschland ihre Produktion herunterfahren müssen, so die BASF in Ludwigshafen und eine Produktionsstätte des norwegischen Yara-Konzerns in Brunsbüttel. Aufgrund der ähnlich gelagerten Probleme in ganz Westeuropa gebe es auch keine Möglichkeit, den Mangel durch Importe auszugleichen.

Der SKW-Sprecher habe weiter erläutert:

"Zwei Drittel aller Transporte finden auf der Straße statt, die letzte Meile immer per Lkw.

Und da reden wird noch nicht von Privatfahrern, öffentlichem Nahverkehr, Landwirtschaft, Technischem Hilfswerk, Polizei."

Traditionsbetrieb

Das SKW-Werk im Ortsteil Piesteritz der Lutherstadt Wittenberg hat eine Geschichte, die bis ins Jahr 1915 zurückreicht. Während der DDR trug das Werk den Namen VEB Stickstoffwerk Piesteritz und war ab 1979 der Leitbetrieb des Kombinats Agrochemie. Nach der sogenannten Wende wurde es zu einer Tochterfirma der oberbayerischen Trostberg AG. Seit dem Jahr 2006 gehöre SKW zu hundert Prozent dem tschechischen Unternehmen Agrofert in Prag.

Gegenwärtig hat SKW 860 Beschäftigte, denen das Aus droht.

In der vorigen Woche hatte Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Sven Schulze (CDU) die Firma besucht. Das Unternehmen soll der Bundesregierung ein Angebot gemacht haben. Demnach sei SKW "bereit, in Vorleistung zu gehen und notfalls zunächst mit Verlusten zu produzieren", falls die Politik erkennen lasse, das Problem mit der Gasumlage anzugehen. In der Vergangenheit hätten die Spediteure mit Kosten für AdBlue von etwa 17 Cent pro Liter kalkuliert, doch nun müsse bereits mit 1,45 Euro gerechnet werden. Bei einem Lkw müsse man einen Verbrauch von drei Litern AdBlue auf 100 Kilometer ansetzen. Für viele kleine und mittelständische Fuhrunternehmen würden sich hieraus bereits jetzt existenzgefährdende Kostensteigerungen ergeben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6317ac81b480cc6ffb5178d7.jpg>

Stickstoffwerk Piesteritz in Lutherstadt-Wittenberg/Sachsen-Anhalt

8:03 de.rt.com: **Rosatom: Das Wichtigste ist, dass die IAEA den Beschluss des AKW Saporoschje wahrgenommen hat**

Die Mission der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) habe den Beschluss des AKW Saporoschje wahrgenommen und das sei das Wichtigste im Moment. Dies [erklärte](#) Rosatom-Chef Alexei Lichatschjow zum entsprechenden Bericht der Agentur. Er sagte im russischen Fernsehen:

"Das Wichtigste in diesem Dokument ist, dass die IAEA eine Bestätigung für den Beschluss gesehen hat, der ein großes Risiko für die Nuklearanlage darstellt."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631825c448fbef6f50102778.jpg>
 Alexei Lichatschjow

8:38 de.rt.com: **Russlands UN-Botschafter Nebensja schließt eine Beendigung des "Lebensmitteldeals" nicht aus**

Wassili Nebensja, der Ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen, hat erklärt, dass der "Lebensmitteldeal" mit der Ukraine hinsichtlich der Lieferungen aus Russland gescheitert sei, berichtet die Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Der UN-Botschafter erklärte: "Es ist uns gelungen, eine Einigung zu erreichen, aber es funktioniert nichts mit dem russischen Teil des Abkommens. Kein einziges russisches Schiff hat russisches Getreide für den Export aus russischen Häfen abgeholt."

Da die Vereinbarungen zur Sicherung der Exporte aus Russland nicht umgesetzt werden, ist eine Beendigung des "Lebensmitteldeals" nicht auszuschließen, betonte der UN-Botschafter. Nebensja erinnerte daran, dass die Vereinbarung für vier Monate getroffen wurde und im November abläuft. Ihm zufolge steht die Verlängerung der Vereinbarung in Frage. Er betonte: "Ich bin nicht an den Verhandlungen über das Abkommen und seine Verlängerung beteiligt, aber angesichts der Ergebnisse, oder besser gesagt, der fehlenden Ergebnisse, würde ich nichts ausschließen."

"Wir wollen, dass der russische Teil des Abkommens erfüllt wird."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63182fb948fbef6e7477be22.jpg>
 Wassili Nebensja bei der 75. UN-Generalversammlung

8:49 de.rt.com: **Putin: Westen hat die armen Länder mit dem Deal zum ukrainischen**

Getreide hintergangen

Der russische Präsident Wladimir Putin hat dem Westen vorgeworfen, die armen Länder mit dem Deal zum ukrainischen Getreide hintergangen zu haben. Die Entwicklungsländer erhielten das Minimum des exportierten Getreides, erklärte der russische Staatschef auf dem Wirtschaftsforum Ost.

Der Westen habe gelogen, als er behauptete, die Ukraine benötige Zugang zum Seetransport, um die steigenden Lebensmittelpreise und die Gefahr einer Hungersnot in den armen Ländern zu lindern, sagte der russische Präsident Wladimir Putin. Die meisten Schiffsladungen aus der Ukraine, die im Rahmen eines von der Türkei und den Vereinten Nationen vermittelten Abkommens mit Russland kamen, gingen in die EU-Staaten, erklärte der russische Staatschef am Mittwoch in einer Rede auf dem Wirtschaftsforum Ost in Wladiwostok. Putin sagte:

"Im Rahmen des UN-Welternährungsprogramms, das ja nämlich den bedürftigsten Ländern helfen soll, wurden nur zwei Schiffe beladen. Ich betone: nur zwei von 87. Und von zwei Millionen Tonnen Lebensmittel wurden nur 60.000 Tonnen – und somit nur drei Prozent dieser Menge – an Entwicklungsländer geliefert."

Putin bezog sich in seiner Rede auf die Vereinbarung, die es zivilen Schiffen erlaubt, in ukrainische Schwarzmeerhäfen einzulaufen und auszulaufen, um Getreidelieferungen zu übernehmen. Die Regelung war Ende Juli in Kraft getreten. Putin fügte in seiner Rede hinzu, dass die Bedingungen der Vereinbarung wahrscheinlich geändert werden sollten.

In der Türkei, in Istanbul, ist ein Gemeinsames Koordinierungszentrum angesiedelt, das die Lieferungen koordiniert. Der Export der landwirtschaftlichen Erzeugnisse über das Schwarze Meer wird dabei von russischen, ukrainischen, türkischen und UN-Teams verwaltet.

Der russische Regierungschef wies darauf hin, dass die Einigung als Möglichkeit angepriesen wurde, den Anstieg der Preise auf dem Weltmarkt einzudämmen und den am stärksten betroffenen Ländern zu helfen. In der Praxis sei aber fast das gesamte aus der Ukraine verschiffte Getreide an wohlhabende EU-Länder gegangen, sagte Putin.

"Viele europäische Länder waren in den vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten Kolonialherren, und sie sind es auch heute. Sie haben die Entwicklungsländer einfach wieder einmal getäuscht. Und sie setzen diese Täuschung fort."

Mit einer solchen Vorgehensweise werden die Probleme mit der Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln nur noch schlimmer werden, warnte der russische Präsident weiter. Putin ergänzte:

"Steigende Preise auf den Weltmärkten könnten für die meisten der ärmsten Länder, die mit Engpässen bei Nahrungsmitteln, Energie und anderen lebenswichtigen Gütern zu kämpfen haben, eine echte Tragödie bedeuten: Während im Jahr 2019 nach Angaben der UN 135 Millionen Menschen auf der Welt von schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen waren, hat sich diese Zahl inzwischen um das Zweieinhalbfache auf 345 Millionen erhöht. Das ist doch furchtbar."

Anfang der Woche hatte der russische Außenminister Sergei Lawrow den westlichen Staaten vorgeworfen, nach dem Abschluss des Ukraine-Deals zu Getreideausfuhr die sekundären Exportbeschränkungen für Lebensmittel und Düngemittel aus Russland nicht aufgehoben zu haben. Die Vereinten Nationen, die die Einigung gemeinsam mit der Türkei unterzeichnet hatten, versprachen, ihren Einfluss geltend zu machen, damit die Beschränkungen aufgehoben werden.

Im fernöstlichen Wladiwostok findet diese Woche zum 7. Mal das Eastern Economic Forum (EEF) statt. Am Mittwoch nehmen an einer hochrangigen Plenarsitzung neben dem russischen Präsidenten auch Spitzenpolitiker aus Armenien, China, Indien, Malaysia, der Mongolei, Myanmar und Vietnam teil.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63184baab480cc57074815dc.jpg>

Der russische Präsident Wladimir Putin spricht am 7. September 2022 auf dem Wirtschaftsforum Ost in Wladiwostok

8:57 de.rt.com: **Gebiet Cherson meldet Beschuss von Siedlungen nahe Cherson durch ukrainische Armee**

Artilleristen der ukrainischen Streitkräfte haben bewohnte Gebiete nahe Cherson beschossen. Das teilte Kirill Stremoussow, stellvertretender Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebietes Cherson, am Mittwoch gegenüber [TASS](#) mit.

Einem TASS-Korrespondenten zufolge sind die Explosionen in beträchtlicher Entfernung von Cherson zu hören.

Stremoussow betonte, dass die von den ukrainischen Medien verbreiteten Informationen über eine bevorstehende Übernahme Chersons durch die ukrainische Armee falsch seien und das ukrainische Militär bei dem sogenannten Gegenangriff keine Erfolge erzielt habe.

Seit dem Abend des 28. August beschießen ukrainische Truppen Siedlungen im Gebiet Cherson. Schulen und soziale Einrichtungen wurden zerstört und Wohnhäuser beschädigt. Am Samstag erfolgte ein Raketenangriff auf Wohngebiete in der Stadt Cherson.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 07.09.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 45 Mann;
- 2 Schützenpanzerwagen;
- 4 Spezialfahrzeuge;
- 2 Artilleriegeschütze.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter:

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 6. September haben sie mehr als 6 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Tschabanowka und Alexandrowka zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

9:26 de.rt.com: **Militärgouverneur bei Bombenanschlag im Südosten der Ukraine getötet**

Der lokale Militärgouverneur von Berdjansk ist einem Anschlag mit einer Autobombe zum Opfer gefallen. Im Krankenhaus erlag er seinen schweren Verletzungen. Dies ist nicht das erste Attentat dieser Art.

Oberst Artjom Bardin, der Leiter der von Russland kontrollierten militärisch-zivilen

Verwaltung in der südukrainischen Stadt Berdjansk, ist am Dienstag verstorben, nachdem er bei der Explosion einer Autobombe schwer verletzt worden war. Lokale Behörden beschuldigen ukrainische Saboteure, diese Tat begangen zu haben. Gleich zu Beginn der militärischen Intervention wurde die Stadt Berdjansk von russischen Streitkräften eingenommen und steht seitdem unter russischer Kontrolle.

Eine gewaltige Explosion zerbarst Bardins Fahrzeug, als es nahe des örtlichen Verwaltungsbüros geparkt war. Berichten zufolge soll sich der Sprengsatz unter dem Auto befunden haben. Drei weitere Zivilfahrzeuge wurden bei der Explosion beschädigt, berichteten russische Medien. Bilder in den sozialen Medien zeigen das komplett zerstörte und ausgebrannte Wrack des Autos. Wer hinter dem Angriff steckt, ist unklar. Zuvor hatten örtliche Behörden jedoch erklärt, man suche nach einer ukrainischen Sabotage- und Aufklärungseinheit.

Bardin war laut Medien die einzige Person, die bei der Explosion verletzt wurde. Obwohl er umgehend in ernstem Zustand in ein Krankenhaus eingeliefert wurde, erlag er dort seinen schweren Verletzungen. Sein Tod wurde später von der örtlichen Verwaltung bestätigt. "Nach unseren Informationen erlag er seinen Verletzungen", sagte Wladimir Rogov, ein Mitglied der Verwaltung der Region Saporischschja, gegenüber Journalisten.

Rogov sagte auch, dass die lokalen Behörden den Vorfall als Terroranschlag behandeln, der von "Terroristen des Selenskij-Regimes" verübt wurde.

Es war nicht der erste derartige Vorfall in dem von Russland kontrollierten Gebiet. Ende August wurde Alexander Kolesnikow, der stellvertretende Kommandeur der örtlichen Verkehrspolizei von Berdjansk, bei einem ähnlichen Anschlag getötet. Nebst dem Anschlag auf den Gouverneur wurde auch von Schüssen im Zentrum der Hafenstadt am Schwarzen Meer berichtet. Über die weiteren Hintergründe und ob es sich bei den Tätern um ukrainische Saboteure bzw. Terroristen gehandelt hat (in westlichen Medien "Partisanen" genannt), ist bislang nichts bekannt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6318476248fbef6e7477be43.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 7.09.22 um 10:30 Uhr

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **178 Geschosse** mit Panzern, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **7 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starb ein Zivilist, 4 wurden verletzt**. 13 Wohnhäuser und 2 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 1 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 4 Panzerfahrzeuge und 15 Mann.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Wir wenden uns an alle Bürger, wenn Sie Augenzeugen von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer werden, versuchen Sie, verdeckt Videos oder Fotos von diesen Sachverhalten zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach der Absendung der genannten Informationen über den offiziellen Informations-Bot der Volksmiliz der DVR in Telegram werden diese Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung ukrainischer Kriegsverbrecher mit der ganzen Strenge des Gesetzes verwendet werden.

9:36 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen zivile Einrichtungen nahe Wasserkraftwerk Kachowka**

Streitkräfte der Ukraine haben am Mittwoch den Beschuss des Wasserkraftwerks Kachowka und ziviler Einrichtungen nahe der Siedlung Nowaja Kachowka im Gebiet Cherson fortgesetzt. Dies [verkündete](#) der Leiter der Militär- und Zivilverwaltung im Bezirk Kachowka Wladimir Leontjew gegenüber TASS. Opfer soll es bisher nicht gegeben haben. Er sagte: "Der Beschuss geht weiter, oder besser gesagt, er hört nicht auf. Das Wasserkraftwerk Kachowka und Straßen – gestern wurde der Markt getroffen. Genau ins Zentrum. Es hat dort nie eine militärische Präsenz gegeben. Und es werden Industriebetriebe beschossen, die an der Umgehungsstraße liegen. Anscheinend denken sie, dass das Militär dort ist. Es gibt keine verletzten Zivilisten."

"Alles brennt und raucht."

"Die ukrainischen Truppen wollen zerstören, terrorisieren."

9:53 de.rt.com: **Robert Habeck zur drohenden Pleitewelle: "Also, das ist dann ja keine klassische Insolvenz"**

Der Vize-Bundeskanzler und Bundesminister für Wirtschaft, Robert Habeck, sieht aktuell keine Gefahr einer drohenden Insolvenzwellen in Deutschland. Seine Erklärungen im Rahmen einer Talkshow irritieren Bürger und Wirtschaftssachverständige.

Robert Habeck (Grüne) war zu [Gast](#) in der ARD-Talksendung Maischberger. Dort sollte sich der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz zum Thema einer sich immer mehr abzeichnenden Pleitewelle in Deutschland äußern. Prominente jüngste Beispiele sind die Unternehmen Hakle (Papierindustrie) und das Schuhhandelsunternehmen Goertz. Habeck antwortete auf die Frage von Moderatorin Sandra Maischberger, ob er zum Ende des Jahres mit einer Insolvenzwellen für Deutschland rechne, mit der gefühlten Wahrnehmung:

"Nein, das tue ich nicht. Ich kann mir vorstellen, dass bestimmte Branchen einfach erst mal aufhören zu produzieren. Nicht insolvent werden (...) Ich weiß aus alter Welt, dass die Brötchen bei Bäckern und die Brötchen in den Discountern ungefähr doppelt so teuer sind. Und wenn die Preise relativ steigen, dann erhöht sich der Abstand."

Zur Entwicklung daraus resultierender Dynamiken und Effekte für die Gesellschaft führt der Vize-Kanzler weiter aus:

"Und dann werden, das sehen wir ja jetzt überall, dass Läden, die darauf angewiesen sind, dass die Menschen Geld ausgeben – Blumenläden, Bioläden, Bäckereien gehören dazu – dass

die wirkliche Probleme haben, weil es eine Kaufzurückhaltung gibt.

Und dann sind die nicht insolvent, automatisch, aber sie hören vielleicht auf zu verkaufen."

Auf das fast empörte Nachhaken der Moderatorin, dass diese Anzeichen doch nun eindeutige und unmissverständliche Warnmerkmale einer drohenden Insolvenz darstellen würden, erklärte Habeck dem Millionenpublikum:

"Man würde dann insolvent werden, wenn man mit der Arbeit immer größeres Minus macht."

Auf das erneute Nachfragen einer sichtlich verwirrten Moderatorin ("(...) ich hab's noch nicht verstanden?") ergänzte der leitende Wirtschaftslenker der Bundesrepublik Deutschland:

"Ich weise darauf hin, dass es nicht automatisch eine Insolvenzwelle geben muss, aber es kann sein, dass sich bestimmte Geschäfte nicht mehr rentieren und die dann eingestellt werden. Vielleicht werden sie später wieder aufgenommen, das kann ja sein. Das ist ja dann keine klassische Insolvenz, aber es kann sein, wenn wir keine Abhilfe schaffen, dass Betriebe – Bäckereien, Handwerksbetriebe, Reinigungsfirmen und so weiter – über das Jahr die wirtschaftliche Betätigung einstellen."

Diese Realität stelle "eine Gefahr" dar und dieser "müssen wir begegnen", so der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz abschließend zum Themenkomplex einer drohenden Insolvenzwelle zum Jahresende 2022 in Deutschland. Die Moderatorin kommentierte final die Erklärungsversuche Habecks mit der Bemerkung: "Also, ich glaube, den Punkt muss man sich tatsächlich noch einmal überlegen. Ich habe das Gefühl, die richtige Antwort ist da noch nicht gefallen bei Ihnen."

Nicht nur Maischberger zeigt sich irritiert. Beobachter in den Sozialen Netzwerken fühlte man sich an einen alten [Monty-Python-Sketch](#) erinnert: "Der Papagei ist nicht tot, der ruht sich nur ein bisschen aus."

Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) teilte am Dienstag mit, dass die Zahl der [Insolvenzen](#) von Personen- und Kapitalgesellschaften in Deutschland im August dieses Jahres bei 718 und somit gut ein Viertel (26 Prozent) über dem Vorjahreswert lag. Für Oktober ließen "die Frühindikatoren bereits deutlich höhere Insolvenzzahlen erwarten, die etwa ein Drittel über denen vom Oktober 2021 liegen könnten", so Einschätzungen des Leibniz-Instituts laut der FAZ.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631829a748fbef6e7477be1e.jpg>

Robert Habeck, Vize-Bundeskanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, spricht per Videobotschaft auf der Gamescom-Messe am 24. August 2022 in Köln, Deutschland.

10:21 de.rt.com: **Putin: Russland hat durch die Sonderoperation nichts verloren, sondern seine Souveränität gestärkt**

Russland habe durch den Start seiner militärischen Sonderoperation in der Ukraine nichts verloren, sondern seine Souveränität gestärkt. Dies betonte der russische Präsident Wladimir Putin am Mittwoch in einer Rede auf der Plenarsitzung des Östlichen Wirtschaftsforums. Er sagte laut [TASS](#):

"Ich denke, wir haben nichts verloren und werden auch nichts verlieren. Was die Errungenschaften angeht, so kann ich sagen, dass die wichtigste Errungenschaft die Stärkung unserer Souveränität ist. Und das ist das unvermeidliche Ergebnis dessen, was jetzt geschieht."

Der russische Staatschef wies außerdem darauf hin, dass Moskau die Kriegshandlungen in der Ukraine nicht begonnen habe, sondern versuche, sie zu beenden, da diese seit 2014 andauerten. Er fügte hinzu:

"Ich möchte noch einmal betonen, dass wir die Kriegshandlungen nicht begonnen haben, sondern bloß versuchen, sie zu beenden. Die Kriegshandlungen begannen 2014 nach einem Putsch in der Ukraine durch diejenigen, die keine normale, friedliche Entwicklung wollten und versuchten, ihr eigenes Volk zu unterdrücken."

Putin zufolge ist die Sonderoperation in der Ukraine eine Antwort auf das, was sich dort seit mehreren Jahren abspielt.

"Wir haben es bewusst getan. Alle unsere Aktionen zielen darauf ab, den Menschen im Donbass zu helfen. Das ist unsere Pflicht, und wir werden sie bis zum Ende erfüllen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6318521648fbef6f501027ac.jpg>

Einheimische begrüßen einen Konvoi der russischen Streitkräfte, der durch Städte und Dörfer im Gebiet Charkow fährt, die im Rahmen der russischen Sonderoperation von ukrainischen nationalistischen bewaffneten Formationen befreit wurden

Dan-news.info: Arbeitende Mütter, die mindestens zwei Kinder unter 15 oder ein Kind mit Behinderung haben, können nach einem Erlass des Oberhaupts der DVR pro Jahr 10 Tage zusätzlichen Urlaub erhalten, wenn der Vater der Kinder sich im Militärdienst befindet.

10:27 de.rt.com: Syrien: Israel bombardiert ein weiteres Mal Flughafen von Aleppo

Der israelische Aggressor hat zum zweiten Mal in kurzer Zeit den Flughafen von Aleppo bombardiert und damit Zivilpersonen in Gefahr gebracht.

Israel hat am Dienstag zum zweiten Mal innerhalb einer Woche einen Luftangriff auf den syrischen Flughafen von Aleppo ausgeführt, wobei der Flugverkehr beim jüngsten Luftangriff in Aleppo ausgesetzt wurde. Mehrere israelische Raketen haben am Abend Schäden an Start- und Landebahn des Flughafens von Aleppo verursacht, berichtet die syrische Nachrichtenagentur SANA. Die syrische Luftwaffe habe mehrere Raketen abgeschossen, um Aggression abzuwehren, meldete SANA weiter. Das Verkehrsministerium erklärte, alle Flüge würden an den Flughafen Damaskus umgeleitet. Erst im Juni war in Syriens Hauptstadt Damaskus der Flugverkehr infolge eines israelischen Angriffs vorübergehend eingestellt worden.

Laut Darstellung der sogenannten "Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte", eine Anti-Assad-Gruppe mit Sitz im London, habe Israel bei dem Angriff neben der Landebahn auch Lagerhäuser "Iran-treuer Milizen" zerstört. Israel will laut eigenen Darstellung verhindern, dass Iran und mit ihm verbündete Milizen ihren militärischen Einfluss in Syrien ausweiten. Israel bombardiert daher regelmäßig Ziele im Nachbarland.

Der syrische Außenminister Faisal Mekdad sprach zuvor eine scharfe Warnung an Israel aus, nachdem die israelische Armee zum ersten Mal den internationalen Flughafen von Aleppo in Syrien bombardiert hatte. Mekdad sagte, Israel spiele "mit dem Feuer" und riskiere einen groß angelegten militärischen Konflikt. Seit Ausbruch des Syrien-Konfliktes im Jahr 2011 hat Israel Hunderte Luftangriffe auf Ziele in Syrien geflogen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63184bf648fbef6c183de2e0.jpg>

Dieses Satellitenbild, das am 1. September 2022 aufgenommen wurde, zeigt Schäden, die bei dem ersten israelischen Luftangriff auf den Flughafen von Aleppo in Nordsyrien entstanden sind.

10:40 de.rt.com: **Moskau wirft dem Westen vor, Abmachungen beim "Getreideabkommen" gebrochen zu haben**

Der ungehinderte Zugang russischer Agrarprodukte und Lebensmittel zum Weltmarkt sei laut dem russischen Außenminister Sergei Lawrow derzeit nicht gewährleistet. Dies war jedoch eine der Abmachungen, die im sogenannten "Getreideabkommen" ausgehandelt wurden. Die Staaten des Westens hätten ihren Teil der Abmachung nicht erfüllt und die Sanktionen gegen russisches Getreide und Düngemittel nicht aufgehoben, um den Zugang zu den Weltmärkten zu gewährleisten. Das sagte der Außenminister Russlands, Sergei Lawrow, am Dienstag während einer Pressekonferenz.

Diese Abmachung war Teil eines Abkommens – des sogenannten Getreideabkommens –, das von den Vereinten Nationen und der Türkei vermittelt und im Juli in Istanbul unterzeichnet wurde, um die ukrainischen Getreideexporte freizubekommen und eine drohende globale Nahrungsmittelkrise zu lindern. Lawrow betonte zudem, dass die "künstlich aufgeblasenen" westlichen Behauptungen, wonach russische Handlungen in der Ukraine die Stabilität des globalen Lebensmittelmarktes untergraben hätten, "absolut unzutreffend" seien.

Während einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem thailändischen Amtskollegen Don Pramudwinai betonte Lawrow in seiner Antwort auf eine entsprechende Frage:

"Im Gegenteil, unsere westlichen Kollegen setzen nicht um, was uns der UN-Generalsekretär versprochen hatte, indem sie einfach nicht die Entscheidung treffen, die logistischen Sanktionen aufzuheben, die den freien Zugang von russischem Getreide und Düngemitteln zu den Weltmärkten verhindern."

Und er fügte hinzu, dass Russland weiterhin mit UN-Generalsekretär António Guterres und seinem Team zusammenarbeite, um sicherzustellen, dass die Organisation ihre Verpflichtungen aus den Vereinbarungen von Istanbul erfüllt. Diese Abmachung war bisher der einzige bedeutende diplomatische Durchbruch im mittlerweile sechs Monate andauernden

Ukraine-Krieg.

Die Lieferungen von Weizen aus der Ukraine – einem wichtigen Produzenten – wurden unterbrochen, nachdem Russland Ende Februar seine Militäroperation in dem Nachbarstaat lanciert hatte. Die beiden Parteien brachten in der Folge gegenseitige Anschuldigungen hervor, wer für die Unterbrechung des Frachtverkehrs aus den ukrainischen Häfen wohl verantwortlich sei.

Seit dem 1. August, dem Tag als der Frachtverkehr aus den Häfen wieder aufgenommen wurde, sind 92 Schiffe ausgelaufen und haben mehr als zwei Millionen Tonnen Weizen und andere Agrarprodukte auf die Weltmärkte gebracht. Die Vereinigten Staaten und weitere Länder sicherten Banken, Schifffahrts- und Versicherungsunternehmen zu, dass Transaktionen im Zusammenhang mit diesen Waren erlaubt seien und dass russische Lebensmittel und Düngemittel keinen Sanktionen unterworfen seien.

Während der Pressekonferenz in Moskau gab der thailändische Außenminister Pramudwinai zudem bekannt, Thailand erwarte, dass der russische Präsident Wladimir Putin im November dieses Jahres am asiatisch-pazifischen Gipfel für Wirtschaftskooperation teilnehmen könne. "Dieses Gipfeltreffen wird eine großartige Gelegenheit für Russland sein, seine Politik der Hinwendung zu Asien anzukündigen und über sein Engagement für die Entwicklung nach der Pandemie im asiatisch-pazifischen Raum zu sprechen", sagte Pramudwinai, der sich zu einem Arbeitsbesuch in Moskau aufhielt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63184fd1b480cc29cb01121b.jpg>

10:43 d.rt.com: **IAEA-Chef: Kann die Frage, wer das AKW Saporoschje beschießt, nicht beantworten**

Rafael Grossi, der Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA), sagte am Dienstag in einem [CNN-Interview](#), er könne die Frage, wer das Kernkraftwerk Saporoschje beschieße, nicht beantworten:

"Das kann ich nicht beantworten. Hierfür haben wir nicht die Mittel."

Grossi fügte hinzu, dass die IAEA weder das Mandat noch die Fähigkeit habe, militärische Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich der Identifizierung der Verantwortlichen für den Beschuss.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63182781b480cc37bb7caeea.jpg>

Rafael Grossi

10:55 de.rt.com: **Russisches Gebiet Belgorod verlängert Terrorwarnstufe Gelb bis 22. September**

Wjatscheslaw Gladkow, Gouverneur der russischen Region Belgorod im Grenzgebiet zur Ukraine, hat eine Ausweitung der Terrorwarnstufe Gelb für die Region angekündigt. Diese ist seit dem 11. April im gesamten Gebiet Belgorod in Kraft und wird nun bis zum 22. September verlängert. Auf Telegram [schreibt](#) der Gouverneur:

"Bis zum 22. September gilt in dem Gebiet eine gelbe Terrorismusgefahr. So können wir die Bemühungen der Behörden und der Ordnungskräfte richtig koordinieren und Ihre Wachsamkeit erhöhen, liebe Freunde. Alle diese Maßnahmen sind unter den derzeitigen Umständen notwendig."

11:14 de.rt.com: **Russisches Außenministerium: USA wollen Südkorea in ein Kartell zur Festlegung der Preisobergrenze für russisches Öl zwingen**

In einem Interview mit der Nachrichtenagentur RIA Nowosti sagte Georgi Sinowjew, Direktor der ersten Asienabteilung des russischen Außenministeriums:

"Wir wissen von den Versuchen Washingtons, Seoul in ein Abnehmerkartell für russisches Öl einzubinden, das nach dem Plan der USA eine Preisobergrenze für das Öl festzulegen soll. Ein Beitritt Seouls zu dieser Initiative würde schwerwiegende negative Folgen haben. Vor allem für die Wirtschaft der Republik Korea selbst."

Russland hoffe jedoch, dass sich Seoul keine unnötigen Probleme schaffen werde, so der Diplomat:

"Unser Land wird kein Öl verlustbringend liefern. Daher werden die südkoreanischen Partner das Öl nicht billiger, sondern teurer kaufen, sehr wahrscheinlich sogar viel teurer. Wir hoffen, dass Seoul dafür Verständnis hat."

11:22 de.rt.com: **"Lernt Ukrainer" – Bewohner staunt über rasanten Wiederaufbau in Mariupol**

"Was für ein Krankenhaus! Sie haben es in drei Monaten gebaut", staunt ein Einwohner von Mariupol über die neue Stadtklinik.

Der Filmende kommt aus dem Staunen nicht heraus. Wo früher nur ein freies Feld war wurde in nur 84 Tagen ein modernes Krankenhaus gebaut, das auch über eine hochmoderne

technische Ausstattung verfügen soll. So etwas habe Mariupol seit 30 Jahren nicht mehr erlebt, sagt er.

"Altes wird weggeworfen, Neues wird gebaut. Überall in Mariupol stehen Baukräne. Ich habe solche Dinge nur in meiner Kindheit gesehen. Lernt Ukrainer, wie man baut, nicht wie man Geld wäscht!"

Der Wiederaufbau der Stadt beschränkt sich aber nicht auf ein Krankenhaus. Am Rand der Stadt ist inzwischen ein neues Viertel mit fünfstöckigen Wohnhäusern entstanden.

<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-134310637&id=456257485&hash=c8b4a053f2cb876f" width="640" height="360" frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>

https://vk.com/video-134310637_456257485

11:37 de.rt.com: **Lettischer Innenminister: Haben kein Geld, um Strom zu bezahlen**

Das lettische Innenministerium befinde sich in einer Sackgasse, weil es die erhöhten Stromrechnungen bereits im Oktober nicht mehr bezahlen könne. Das verkündete der Leiter des Ministeriums Kristaps Eklons laut der Nachrichtenagentur LETA am Dienstag.

Laut dem Minister gibt es zwei mögliche Lösungen: Entweder die Umverteilung von Mitteln, die für den Kauf von Ausrüstung für die vom Innenministerium kontrollierten Agenturen bestimmt sind, oder das Anfordern zusätzlicher Mittel vom Finanzministerium.

Eklons stellte fest, dass "das Innenministerium bereits viel getan habe, um Energieressourcen zu sparen". Die Infrastruktur in den Einrichtungen der Behörde sei jedoch so veraltet, dass die Energiesparziele nicht erreicht werden könnten.

11:56 de.rt.com: **Maria Sacharowa: USA lassen Anfrage nach Visum für Lawrow zur Teilnahme an UN-Generalversammlung weiter offen**

Noch immer ist nicht bekannt, ob der russische Außenminister Sergei Lawrow ein US-Visum für die Teilnahme an der UN-Generalversammlung in New York vom 20. bis 26. September erhalten wird. Dies erklärte Maria Sacharowa, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, in einem Interview mit der Nachrichtenagentur TASS im Rahmen des Ostwirtschaftsforums. Falls die USA russischen Vertretern keine Visa erteilen, würden sie hiermit "ihre eigene Ängste bekunden", sagte Sacharowa.

Nur wenige der Journalisten, die Lawrow begleiten, haben nach Angaben der Sprecherin des Außenministeriums bisher US-Visa für Anreise zur UN-Generalversammlung erhalten.

Sacharowa betonte:

"Es wurde eine Liste zur Beantragung US-amerikanischer Visa für die russische Delegation vorgelegt. Wie unsere Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen feststellte, wird das Sekretariat der Organisation regelmäßig auf dieses Problem aufmerksam gemacht. Die Vereinigten Staaten haben sich nachweislich verpflichtet, die Arbeit der Delegierten der UN-Mitgliedstaaten und der zuständigen UN-Gremien nicht zu behindern. Unsere Diplomaten in New York sind mit diesem Problem befasst. Einige der Journalisten, die die Delegation begleiten, haben ein Visum erhalten. Einige noch nicht."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63185d71b480cc2d9f0049a3.jpg>

nachmittags:

12:11 de.rt.com: **Russischer Botschafter: China versteht Logik des russischen Vorgehens in der Ukraine**

Peking hat eine ausgewogene und vernünftige Position zur Ukraine und versteht die Logik des russischen Vorgehens. Dies erklärte Andrei Denissow, der russische Botschafter in China, am Mittwoch gegenüber Reportern. Zu Pekings Haltung in der Ukraine-Krise erklärte er laut [TASS](#):

"China vertritt unserer Meinung nach im Wesentlichen eine ausgewogene und vernünftige Position."

"Ich höre manchmal Beschwerden von Kollegen, die nicht so sehr in all diese Peripetien eingetaucht sind. Sie sagen: 'China unterstützt uns nicht.' Normalerweise antworte ich, dass es nicht um Unterstützung geht, sondern um Verständnis. China versteht die Logik unseres Handelns."

Denissow zufolge hat Peking seine Position zur Ukraine schon vor geraumer Zeit festgelegt, bereits im Jahr 2014. Er wies darauf hin, dass "von höchster Ebene in China die Formel ausgesprochen wurde, dass China die historischen Wurzeln und den politischen Hintergrund des Geschehens gut versteht".

13:28 (12:28) [novorosinform.org](#): **Moskalkowa forderte die Volksrepublik Donezk auf, die Todesstrafe auszusetzen**

Die Ombudsfrau unterstützt Idee eines Moratoriums für die Todesstrafe.

Die russische Ombudsfrau für Menschenrechte Tatjana Moskalkowa hat sich gegen die Todesstrafe in der Volksrepublik Donezk ausgesprochen. Dies sagte sie in Gesprächen hinter den Kulissen am Rande des Östlichen Wirtschaftsforums, berichtete Interfax.

„Ich unterstütze das“, antwortete Moskalkowa auf die Frage eines Reporters.

Die Ombudsfrau vertrat die Auffassung, dass eine alternative Strafmaßnahme für besonders schwere Straftaten die lebenslange Freiheitsstrafe sein könnte.



https://www.novorosinform.org/content/images/26/28/52628_720x405.jpg

12:32 de.rt.com: **Myanmar startet Import russischer Ölprodukte**

Myanmar habe mit dem Kauf russischer Erdölprodukte begonnen. In wenigen Tagen werde die erste Lieferung von Dieselmotorkraftstoff erwartet. Das verkündete der Vorsitzende des Staatsverwaltungsrates des Landes Min Aung Hlaing gegenüber RIA Nowosti in einem Interview. Naypyidaw sei außerdem bereit, die Lieferungen in Rubel zu bezahlen. Der Politiker [erklärte](#):

"Die Lieferungen von Erdölprodukten aus Russland nach Myanmar sind bereits in vollem Gange. In ein paar Tagen werden wir die erste Diesellieferung aus Russland erhalten."

"Was das Zahlungssystem anbelangt, so werden wir in der von der russischen Seite akzeptierten Währung zahlen. Das macht es für uns viel einfacher, denn es gibt viele Beschränkungen für den Empfang und die Überweisung in anderen Währungen. Wenn dieses Problem also gelöst ist und wir in Rubel zahlen können, ist das gut."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63184baf48fbef6c183de2dd.jpg>

Min Aung Hlaing

13:40 (12:40) **novorosinform.org: In der DVR wurde die Siedlung Kodema befreit - russisches Verteidigungsministerium**

Das Dorf Kodema in der DVR ist vollständig von den Nationalisten befreit.

Dies geht aus der Zusammenfassung des russischen Verteidigungsministeriums hervor. Es wird darauf hingewiesen, dass dies das Ergebnis erfolgreicher Offensivaktionen der russischen Streitkräfte war.

Zuvor hatte das Oberhaupt der DVR, Denis Puschilin, die Unterdrückung der Angriffe der

Streitkräfte der Ukraine auf das Dorf Kodema bekanntgegeben. Er fügte hinzu, dass die Befreiung dieser Siedlung den alliierten Streitkräften einen strategischen Vorteil am Stadtrand von Artjomowsk verschaffe.

Das Verteidigungsministerium berichtet auch, dass in den letzten 24 Stunden sechs Kommandoposten der Streitkräfte der Ukraine in den Siedlungen Tschugujew, Dergatschi und Prischib der Region Charkow sowie Artjomowsk, Soledar und Kurakowo in der DVR getroffen wurden. Die russischen Streitkräfte trafen außerdem 47 Artillerieeinheiten, Personal und militärische Ausrüstung der ukrainischen Streitkräfte an 143 Orten.



https://www.novorosinform.org/content/images/26/30/52630_720x405.jpg

12:48 de.rt.com: **Griechenland bezeichnet Erdogans Äußerungen zu Inseln als inakzeptabel**

Schon seit vielen Jahren kommt es zwischen den beiden Nachbarstaaten Türkei und Griechenland immer wieder zu heftigen Konflikten. Inzwischen bestreitet die Türkei sogar die griechische Souveränität über die Ägäischen Inseln.

Der griechische Außenminister Nikos Dendias hat am Dienstag die jüngsten Äußerungen türkischer Vertreter über den Streit um die Ägäischen Inseln als "inakzeptabel" bezeichnet. Das berichtete die griechische Nachrichtenagentur AMNA. Nach Gesprächen mit seiner französischen Amtskollegin Catherine Colonna in Athen erklärte er:

"Täglich machen türkische Beamte empörende Aussagen gegen Griechenland... Wir antworten darauf, dass diese Äußerungen und Haltungen der türkischen Seite inakzeptabel sind."

Dendias bezog sich damit auf eine Warnung des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan wegen der von Ankara als "Belästigung" bezeichneten Vorfälle mit türkischen Kampfjets in der Ägäis und im östlichen Mittelmeer. Der türkische Staatspräsident hatte am Samstag auf einem Luftfahrt- und Technologiefestival in der Schwarzmeerprovinz Samsun erklärt:

"Wir haben nur einen Satz für Griechenland: Vergesst Izmir nicht."

Er bezog sich damit seinerseits auf den Rückzug der griechischen Armee aus der türkischen Westprovinz Izmir während des Unabhängigkeitskrieges 1922.

"Die Besetzung der Inseln bindet uns nicht. Wir werden tun, was notwendig ist, wenn die Zeit gekommen ist. Wie wir sagen, können wir eines Nachts plötzlich kommen."

Die Türkei hat Griechenland beschuldigt, am 22. und 24. August zweimal türkische Flugzeuge, die im Rahmen von NATO-Missionen flogen, bedrängt zu haben. Griechenland weist diese Vorwürfe jedoch zurück.

Die Beziehungen zwischen den beiden NATO-Verbündeten sind seit langem wegen einer Reihe von Problemen angespannt; darunter Streitigkeiten über die See- und Energiepolitik in

der Ägäis und im Mittelmeer.

Colonna, die am Montag auch Gespräche mit ihrem türkischen Amtskollegen Mevlüt Çavuşoğlu in Ankara führte, forderte, dass alle Parteien Zurückhaltung üben sollten. Dendias erklärte abschließend, Griechenland sei stets für einen fruchtbaren Dialog auf der Grundlage des Völkerrechts und sei zuversichtlich, was die Haltung seiner Verbündeten und Partner angehe.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63186c5eb480cc29cb011253.jpg>

13:01 de.rt.com: **Ukrainische Armee stoppt Offensive am Frontabschnitt Nikolajew-Kriwoi Rog aufgrund von Verlusten**

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums haben die ukrainischen Truppen ihre Offensive am Frontabschnitt Nikolajew-Kriwoi Rog aufgrund schwerer Verluste eingestellt.

In einer Erklärung hieß es laut RIA Nowosti dazu:

"Im Laufe des Tages haben die ukrainischen Truppen aufgrund schwerer Verluste an Personal und Ausrüstung keine Offensive am Frontabschnitt Nikolajew-Kriwoi Rog durchgeführt. Die russische Luftwaffe, die Raketentruppen und die Artillerie setzten ihre hochpräzisen Angriffe auf Einheiten und Reserven der ukrainischen Streitkräfte an diesem Frontabschnitt fort."

An diesem Abschnitt zerstörten russische Truppen den Gefechtsstand der 24. mechanisierten Brigade der ukrainischen Armee in der Nähe von Olenowka, Soldaten und Ausrüstung der 46. luftbeweglichen Brigade in der Nähe der Ortschaften Belogorka, Suchoi Stawok und Andrejewka im Gebiet Cherson sowie der 61. Infanteriebrigade in den Bezirken Wisunsk und Jawkino im Gebiet Nikolajew.

Die russische Luftwaffe zerstörte außerdem ein Munitionsdepot der 406. Artilleriebrigade in der Nähe des Dorfes Peremoga im Gebiet Nikolajew. Das russische Verteidigungsministerium stellte fest:

"Aufgrund schwerer Verluste weigerten sich die Angehörigen der 57. motorisierten Infanteriebrigade in der Nähe der Siedlungen Belaja Kriniza im Gebiet Cherson und Welikoje Artakowo im Gebiet Nikolajew, Kampfaufgaben zu übernehmen und verließen freiwillig ihre Stellungen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631876cfb480cc22161e142e.jpg>

14:05 (13:05) novorosinform.org: **Iranische Munition bei ukrainischen Streitkräften gefunden**

Die in den Lagern der ukrainischen Armee gefundenen Granaten wurden 2022 hergestellt. Die ukrainische Armee habe Dutzende Tonnen iranischer Artilleriemunition erhalten, berichtet das Portal „Avia.pro“.

Einige Videos zeigen im Iran hergestellte 122-mm-Munition, die für D-30-Haubitzen und andere Geschütze dieses Kalibers entwickelt wurde. Dabei handele es sich um eine große Munitionscharge mit einer Gesamtmasse von etwa mehreren zehn Tonnen. Der Autor des Artikels weist darauf hin, dass die Markierung einen Verdacht im Hinblick auf die Handlungen Teherans weckt, nämlich den Verkauf von Waffen und Munition durch die iranischen Behörden an die ukrainische Armee.

Es wurde zunächst angenommen, dass die Granaten aus alten Lieferungen stammten, das Produktionsdatum auf den iranischen Granaten weist jedoch darauf hin, dass sie Mitte 2022 hergestellt wurden. Laut einer Reihe von Quellen könnten Lieferungen auch über Drittländer erfolgen, aber der Autor des Artikels glaubt, dass der Iran mit ziemlicher Sicherheit wusste, welches Land eine so große Menge an Artilleriemunition liefert.



https://www.novorosinform.org/content/images/26/34/52634_720x405.jpg

14:07 (13:07) rusvesna.su: **Offensive in der Region Charkow: Der Feind rückt auf Schewtschenkowo (Karte)**

Die Streitkräfte der Ukraine versuchen, eine Offensive in der Region Charkow zu entwickeln: Der Feind bewegt sich in Richtung Schewtschenkowo. Russische Truppen gruppieren Reserven um und halten die Front.

- Anscheinend zielt der Hauptschlag auf die Richtung Kupjansk, um die Isjum-Gruppe der RF-Streitkräfte von Nachschub abzuschneiden und zu umzingeln.
 - Die Kämpfe in der Nähe von Balakleja gehen weiter. Nach neuesten Berichten drang der Gegner in die westlichen Außenbezirke ein, stieß jedoch auf heftigen Widerstand und konnte nicht weiter vorrücken.
- Unsere halten die Stadt, bis Verstärkung eintrifft.
- Russische Artillerie und Luftwaffe greifen den Feind rund um die Uhr an.
 - Die ukrainischen Einheiten näherten sich Wolochow Jar, schienen es zu umgehen und bewegten sich entlang der Straße nach Schewtschenkowo. Im Bereich dieser Siedlung führen zwei Einheiten aus Samara und Baschkirien einen erbitterten Kampf gegen den Feind.
 - Nach den neuesten Daten greifen unsere Truppen den Feind in Richtung Schewtschenkowo an. Reserven herangezogen, die sofort in die Kämpfe eintraten.
 - Der Gegner greift aktiv Isjum mit HIMARS-Raketenwerfern an.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by_text/public/photo_2022-09-07_12-42-21.jpg

13:09 de.rt.com: **Ukrainisches Waffenversteck im Gebiet Saporoschje entdeckt**

In dem Dorf Dneprowka im Gebiet Saporoschje wurde ein Waffenversteck eines ehemaligen Teilnehmers an der sogenannten Antiterroroperation Kiwys im Donbass entdeckt. Ein Vertreter der Sicherheitsdienste erklärte laut [TASS](#) am Mittwoch gegenüber Reportern: "Dank der gemeinsamen Aktionen der militärisch-zivilen Verwaltung von Energodar, des Staatssicherheitsdienstes von Energodar und der siebten Sondereinheit der Russischen Nationalgarde Rositsch konnte der Verdächtige am 4. September festgenommen werden." Bei der Durchsuchung von Räumlichkeiten seien Patronen, Granaten, mehrere Schusswaffen sowie Nazi-Symbolik und Literatur gefunden worden. Nach Angaben der Behörden hätten die Waffen von ukrainischen Sabotage- und Aufklärungsgruppen eingesetzt werden können, um das Referendum über die Zugehörigkeit des Gebietes zur Russischen Föderation zu stören.

dnronline.su: Die Post des Donbass gratulierte zum Tag der Befreiung des Donbass mit einem neuen philatelistischen Produkt.

Am Vortag des Tags der Befreiung des Donbass von den faschistischen deutschen Besatzern gibt die Post des Donbass ein Ersttagsumschlag mit Marke heraus, die dem militärisch-

historischen Museum des Großen Vaterländischen Kriegs gewidmet ist. Auf dem Umschlag ist der Denkmalkomplex „Deinen Befreiern, Donbass“ abgebildet, in dessen unterirdischen Teil sich das Museum befindet.



https://dan-news.info/storage/c/2022/09/07/1662551987_022446_23.png

13:26 de.rt.com: **Putin zu Russlands Eingriff in den Ukraine-Krieg: "Unsere Pflicht, und wir erfüllen sie vollständig"**

Auf dem internationalen Östlichen Wirtschaftsforum in Wladiwostok erläuterte Putin noch einmal die Gründe für die Einleitung der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine – und betonte, dass Russland in der Folge nichts verloren hat und nichts verlieren wird.

"Russland hat sich nach wiederholten Versuchen, dieses Problem friedlich zu lösen, zu einer symmetrischen Reaktion auf die Schritte unseres potenziellen Gegners entschlossen – einer Reaktion mit Waffengewalt. Wir haben dies bewusst getan. Alle unsere Maßnahmen zielen darauf ab, den Menschen, die im Donbass leben, zu helfen. Letztendlich wird dies zu einer Stärkung unseres Landes sowohl innen als auch im Hinblick auf seine Positionen auf der internationalen Arena führen."

Hieran erinnerte Russlands Präsident Wladimir Putin auf dem diesjährigen Östlichen Wirtschaftsforum in Wladiwostok am 7. September. Gefragt, was Russland seit Beginn der Intervention im seit dem Jahr 2014 mal brennenden, mal schwelenden Ukraine-Krieg gewonnen und verloren habe, betonte Russlands Staatschef:

"Ich bin sicher, dass wir nichts verloren haben und nichts verlieren werden. Was das Gewonnene betrifft, so kann ich sagen, dass der wichtigste Gewinn die Stärkung unserer Souveränität ist. Natürlich gibt es eine gewisse Polarisierung sowohl in der Welt als auch innerhalb des Landes. Ich glaube, dass wir davon nur profitieren können. Alles, was unnötig, schädlich und hinderlich ist, wird wegfallen, wir werden an Dynamik gewinnen und unsere Entwicklung beschleunigen. "

Putin betonte, dass Russland in der Ukraine keine militärischen Aktionen begonnen habe, sondern versuche, diese zu beenden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63185ae9b480cc29cb011234.jpg>
 Wladimir Putin am 7. September 2022 auf dem Eastern Economic Forum (EEF) in Wladiwostok

13:34 de.rt.com: **Baltische Staaten vereinbaren Einreisesperre für Russen**

Lettland, Litauen und Estland haben sich grundsätzlich darauf geeinigt, die Einreise von Russen zu beschränken, so der lettische Außenminister Edgars Rinkēvičs. Reuters zitiert den Minister wie folgt:

"Litauen, Lettland und Estland haben eine grundsätzliche Übereinkunft getroffen, die Freizügigkeit russischer Bürger an ihren Grenzen zu Russland und Weißrussland einzuschränken."

Ausnahmen von den Beschränkungen gelten für Lkw-Fahrer, Diplomaten sowie für Personen, die die Grenze aus humanitären und familiären Gründen überqueren.

Nach Angaben des lettischen Außenministers werden die baltischen Regierungen die Einschränkungen in den kommenden Tagen bekanntgeben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631864e4b480cc28de2dee42.jpg>

13:51 de.rt.com: **Russische Streitkräfte schießen ukrainische Kampffjets in den Gebieten Cherson und Nikolajew ab**

Die russische Luftwaffe hat eine ukrainische MiG-29 im Gebiet Cherson zerstört und eine Su-25 im Gebiet Nikolajew abgeschossen. Das teilte Generalleutnant Igor Konaschenkow, der offizielle Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, am Mittwoch mit. Er erklärte laut [TASS](#):

"Die Kampfflugzeuge und Luftabwehrmittel der russischen Luftwaffe zerstörten eine

ukrainische MiG-29 in der Nähe von Tokarewo im Gebiet Cherson und schossen eine Su-25 der ukrainischen Luftwaffe in der Nähe von Komsomolskoje im Gebiet Nikolajew ab."

15:01 (14:01) novorosinform.org: **China steigerte im August seine Warenexporte nach Russland um mehr als ein Viertel**

Der Export chinesischer Waren in die Russische Föderation stieg im August 2022 um 26,7 % auf 8 Mrd. USD, wie auf der Website der Allgemeinen Zollverwaltung von China angegeben. Nach Angaben des Ressorts hält der Anstieg den zweiten Monat in Folge an.

Nach Angaben des Zolls der VR China war das letzte Mal, dass Produkte in dieser Höhe aus China in die Russische Föderation exportiert wurden, im Dezember 2021.

Nach Angaben der chinesischen Seite stiegen die Lieferungen lokaler Waren nach Russland im Juli zum ersten Mal seit März dieses Jahres um 22 % auf 6,77 Milliarden US-Dollar.

Gleichzeitig beliefen sich die Warenexporte aus Russland nach China im August auf 11,2 Milliarden US-Dollar, 58 % mehr als im August des Vorjahres.

Trotz der Sanktionspolitik des Westens werde der Handel zwischen Peking und Moskau weiter zunehmen, glauben chinesische Vertreter.

15:10 (14:10) rusvesna.su: **Die Streitkräfte der Ukraine begannen massiven Beschuss auf Energodar**

Am Nachmittag des 7. September begannen die Streitkräfte der Ukraine erneut massivem Beschuss auf Energodar.

Die Stadt liegt im befreiten Teil der Region Saporoschje, hier befindet sich das größte Kernkraftwerk in Europa.

Wladimir Rogoe, Mitglied des Hauptrates der militärisch-zivilen Verwaltung der Region Saporoschje, berichtete von den Angriffen auf Energodar.

Er teilte mit, dass die Stadt infolge des Beschusses vorübergehend stromlos war und die Leistung des 6. Kraftwerksblocks des AKW Saporoschje auf 135–140 MW reduziert wurde.

Angaben zu den Opfern werden noch präzisiert.

14:15 de.rt.com: **Cherson-Beamter: Nach dem Referendum wird das erschreckende Kapitel des Gebiets aufgedeckt**

In den Monaten nach dem Referendum wird das Gebiet Cherson ein neues Kapitel in seiner Geschichte aufschlagen, während die pro-ukrainischen Partisanen der Vergangenheit angehören werden. Das verkündete Kirill Stremoussow, stellvertretender Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebietes laut [TASS](https://tass.ru).

"All die Partisanen, die Banderowisten – all das ist bereits Geschichte und ein furchtbares Blatt Papier, das wir in den nächsten Monaten nach dem Referendum umdrehen werden."

Das Gebiet Cherson steht seit Mitte März unter der Kontrolle der russischen Truppen. Ende April wurde im Gebiet eine zivil-militärische Verwaltung eingerichtet. Die örtlichen Behörden erklärten, dass sie durch ein Referendum Teil der Russischen Föderation werden wollen, haben sich aber noch nicht auf einen Termin geeinigt.

15:21 (14:21) novorosinform.org: **Die meisten Einwohner von Cherson und Saporoschje sind für den Beitritt zu Russland – Umfrage**

Die Menschen, die auf den Territorien der Gebiete Saporoschje und Cherson leben, wollen, dass ihre Gebiete Bestandteile der Russischen Föderation werden. Dies Daten ergeben sich aus den Ergebnissen einer Studie der Firma "INSOMAR".

Die Einwohner wurden gebeten, die Frage zu beantworten, ob sie beabsichtigen, an einem Referendum über die Frage der territorialen Zugehörigkeit ihrer Regionen teilzunehmen.

In der Region Saporoschje gaben etwa 74 % der Befragten an, dass sie definitiv an der

Volksabstimmung teilnehmen würden, 13 % wollen nicht daran teilnehmen oder haben sich noch nicht entschieden.

In der Region Cherson planen 61 % der Befragten, am Referendum teilzunehmen, 22 % wollen nicht teilnehmen, 17 % fanden es schwierig zu antworten.

Mehr als 65 % der Bevölkerung wollen der Russischen Föderation beitreten. Etwa 6 % der Befragten gaben an, dass sie nach dem Ende der Sonderoperation Teil der Ukraine bleiben wollen, 6 % hielten es für denkbar, einen unabhängigen Staat zu bilden, mehr als 17 % haben sich noch nicht entschieden.



https://www.novorosinform.org/content/images/26/44/52644_720x405.jpg

14:27 de.rt.com: **Energieknappheit: Betreiber hält Reservebetrieb von AKWs für "technisch nicht machbar"**

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Grüne) will zwei der drei noch verbliebenen Atomkraftwerke Ende dieses Jahres vom Netz nehmen und bis April 2023 im Reservemodus weiterlaufen lassen. Ursprünglich hatten alle drei AKWs ihren Regelbetrieb wie im Atomausstiegsgesetz vereinbart zum Ende des Jahres komplett einstellen sollen. Das Ziel sei laut Habeck jedoch, die Kraftwerke "zur Absicherung im Notfall" bereitzuhalten, um "krisenhafte Situationen" auf dem Strommarkt abzufedern. Ein kürzlich durchgeführter Stresstest hatte ergeben, dass solche Situationen "nicht vollständig ausgeschlossen werden" können.

Preussen Elektra, der Betreiber des Atomkraftwerks Isar 2 – einer der beiden in Rede stehenden Meiler – warnt das Bundeswirtschaftsministerium nun vor diesem Schritt. Nach Auffassung von Firmenchef Guido Knott ist der Vorschlag, "zwei der drei laufenden Anlagen zum Jahreswechsel in die Kaltreserve zu schicken, um sie bei Bedarf hochzufahren, (...) technisch nicht machbar und daher ungeeignet, um den Versorgungsbeitrag der Anlagen abzusichern."

Dies geht aus einem entsprechenden Schreiben hervor, das bereits gestern an den Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Patrick Graichen gerichtet worden war, wie unter anderem der Spiegel berichtet. Der Unternehmenschef verweist darin explizit auf die Risiken eines solchen Plans. So sei im beabsichtigten Reservebetrieb "ein flexibles Anheben oder Drosseln der Leistung nicht mehr möglich". Dies gelte insbesondere dann, wenn das Kraftwerk bereits komplett heruntergefahren wurde, wie es Habeck beabsichtigt. In dem Schreiben heiße es dazu weiter:

"Dann nämlich ist mit den eingeschränkten Möglichkeiten eines solchen Reaktorkerns ein Wiederanfahren im fortgeschrittenen Streckbetrieb nicht und schon gar nicht kurzfristig innerhalb einer Woche machbar."

Bereits am 25. August habe man das Ministerium darüber unterrichtet. Nun erteilte der Strommanager den Plänen, die Habeck noch am Montag vorgestellt hatte, eine klare Absage. Der Wirtschaftsminister hatte seine Idee offenbar nicht mit den Betreibern abgestimmt, wie

die Berliner Zeitung noch tags zuvor berichtete. Ein solches Prozedere werde jedenfalls "nicht praktiziert", so Knott nun in dem Schreiben. Sein Unternehmen besitze damit "keine Erfahrungswerte". Und weiter:

"Das Austesten einer noch nie praktizierten Anfahrprozedur sollte nicht mit einem kritischen Zustand der Stromversorgung zusammenfallen."

Knott dürfte sich hier auf die unsichere Versorgungslage mit russischem Gas, den Ausfall weiterer Teile der französischen Atomkraftwerke sowie eine durch niedrige Flusspegel stark reduzierte Wasserkraft in Europa beziehen. Ähnlich wie der Preussen Elektra-Chef äußerte sich auch der Geschäftsführer des TÜV-Verbands Joachim Bühler gegenüber der Bild. Bühler erklärte:

"Die drei laufenden Kernkraftwerke in Deutschland können derzeit schwankende Energieerzeugung aus Wind und Sonne kurzfristig ausgleichen und das Stromnetz stabil halten. Diese zeitkritische Funktion könnten die Kernkraftwerke in der Notreserve praktisch so nicht wahrnehmen, da das Anfahren aus dem Kaltbetrieb ein mehrtägiger Prozess ist."

14:49 de.rt.com: **Lugansker Späher entdecken feindliche Stellungen bei Soledar in der Donezker Volksrepublik**

Späher der Lugansker Volksmiliz sollen gut getarnte Stellungen der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe von Soledar in der Donezker Volksrepublik entdeckt haben, berichtet die Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](#).

Im Morgengrauen hätten die Soldaten Minenhindernisse überwunden und die vermuteten feindlichen Verteidigungslinien erreicht. Bei ihrem weiteren Vormarsch sollen sie auf feindliche Schützengräben und Unterstände gestoßen sein, die aus der Luft nicht auszumachen waren.

In einem kurzen Gefecht sei es den Spähern gelungen, eine ukrainische Feuerstellung auszuschalten und zurückzukehren. Sie leiteten die Informationen an das Hauptquartier weiter, wonach die feindlichen Stellungen von der Artillerie zerstört worden seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63186a0eb480cc29cb01124e.jpg>

Soldaten der Volksmiliz der Lugansker Volksrepublik (LVR) auf der Straße des Dorfes Iwanowka, LVR

15:41 de.rt.com: **Russische Ombudsfrau: Gesundheitszustand der in der Ukraine festgehaltenen Seeleute verschlechtert sich**

Die illegale und anhaltende Inhaftierung russischer ziviler Seeleute in der Ukraine schadet ihrer Gesundheit, so die russische Menschenrechtsbeauftragte Tatjana Moskalkowa. Sie meldete in ihrem Telegram-Kanal:

"Die lange Zeit auf engem Raum ist extrem schlecht für die Psyche unserer Leute. In einer Atmosphäre der Ungewissheit verstärken sich die Gesundheitsprobleme der Seeleute noch mehr."

Die Mannschaften von neun russischen zivilen Schiffen werden von der ukrainischen Seite seit mehr als sechs Monaten in den Schiffsreparaturwerken in Ismail festgehalten. Derzeit befinden sich nach Angaben von Moskalkowa über 60 Seeleute auf Schiffen in der Ukraine, von denen fünf schwer erkrankt sind. Laut der Ombudsfrau kämpfen viele der Seeleute mit hypertensiven Krisen und Diabetes mellitus.

Wie Moskalkowa in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur RIA Nowosti kürzlich sagte, würden im Sekundentakt Verhandlungen über die Rückführung russischer Seeleute aus Ismail geführt, wobei die Beauftragte zunächst den Austausch von mindestens fünf schwerkranken Seeleuten fordere. Sie wies darauf hin, dass sie noch keine Antwort auf einen Appell an die UNO und die OSZE zur Rückkehr der russischen Seeleute aus Ismail erhalten habe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63187d3b48fbef465c144069.jpg>

Tatjana Moskalkowa

15:56 de.rt.com: **Berichte: Russlands Einnahmen aus fossiler Energie übersteigen Kosten der Militäroperation**

Russlands Einnahmen aus fossilen Energieexporten in den ersten sechs Monaten des Ukraine-Krieges haben einer Datenanalyse zufolge die Kosten der Sonderoperation deutlich überstiegen. Erfasst wurden die Exporte von Öl, Gas und Kohle zwischen dem 24. Februar und dem 24. August.

Die geschätzten Kriegskosten in der Ukraine liegen deutlich unter Russlands Einnahmen aus fossilen Energieexporten, wie mehrere westliche Medien unter Berufung auf eine [Datenanalyse](#) berichten.

Russlands Einnahmen aus fossilen Energieexporten in den ersten sechs Monaten des Ukraine-Krieges haben die Kosten der Sonderoperation deutlich überstiegen, so der Bericht. Wie das in Finnland ansässige Centre for Research on Energy and Clean Air (CREA) am Dienstag mitteilte, betrugen die Einnahmen in dem Zeitraum umgerechnet 158 Milliarden Euro. Dem gegenüber stehen geschätzte Kriegskosten in Höhe von hundert Milliarden Euro.

Erfasst wurden in der Analyse die Exporte von Öl, Gas und Kohle zwischen dem 24. Februar und dem 24. August dieses Jahres, ausgewertet wurden dabei Daten aus dem Schiffsverkehr

und zu Pipeline-Transporten. Diese zeigten, dass die EU mit 85 Milliarden Euro der größte Abnehmer der Lieferungen war, gefolgt von China mit 35 Milliarden Euro. Deutschland ist weltweit der zweitgrößte Einkäufer.

Der Westen ist sich dessen bewusst, dass er nur dann als Sieger aus der Ukraine Krise hervorgehen kann, wenn die explodierenden Öl- und Gaspreise eingedämmt werden können. Die hohen Preise auf den Rohstoffmärkten im Verlaufe des Ukrainekonflikts haben dazu geführt, dass Russland trotz geringerer Ausfuhrmengen höhere Gewinne als zuvor erzielen konnte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63188bbf48fbef0ff555b212.jpg>
Erdgaspeicher in Rehden/Niedersachsen, 6. Juli 2022

15:58 de.rt.com: **Saporoschje-Beamter beschuldigt Kiew der Vernichtung der Ernte**

Die ukrainischen Truppen zerstören absichtlich die Felder und Ernten in den befreiten Gebieten des Gebietes Saporoschje und verursachen damit eine humanitäre und ökologische Katastrophe. Darauf wies der Leiter der Gebietsverwaltung von Saporoschje, Jewgeni Balizki, gegenüber [RIA Nowosti](#) hin. Er sagte:

"Obwohl jedem klar ist, dass die Ernte von Leuten eingebracht wird, die nichts mit den Streitkräften und der militärischen Sonderoperation zu tun haben. Von einfachen Menschen, die auf diesem Land leben, die einfach nur leben und ihre Kinder großziehen wollen. Und dieses Recht wird ihnen heute von der Russischen Föderation und ihren Streitkräften, die sie schützen, gewährt. Aber die ukrainischen Nazis setzen die Ernten weiterhin absichtlich in Brand und verursachen damit eine humanitäre und ökologische Katastrophe."

Der Beamte wies darauf hin, dass ukrainische Kämpfer weiterhin Infrastruktur, Getreidesilos und Erntefelder zerstören, und fügte hinzu:

"In letzter Zeit stellen wir leider erneut fest, dass der Beschuss häufiger geworden ist. Es gab eine Zeit, Anfang Juni/Juli, in der zumindest die Infrastruktur nicht so stark betroffen war."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6318879db480cc2a8544e416.jpg>

16:15 de.rt.com: **G7-Staaten planen Verbot von Versicherungen für Tanker mit russischem Öl – Moskau erörtert Optionen**

Die G7-Staaten arbeiten an einem Preisdeckel für russisches Öl. Als Druckmittel sollen dabei Versicherungen für Tanker genutzt werden. Russland jedoch könnte mit der Gründung eines eigenen Unternehmens antworten, das Versicherungsdienstleistungen für Schiffe anbietet, die Rohöl ins Ausland transportieren.

Die G7-Gruppe – Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, die USA, Kanada und Japan – arbeitet an einem internationalen [Preisdeckel für Importe von russischem Öl](#). Vor wenigen Tagen einigten sich die Staaten darauf, die Preise festzulegen, um die Einnahmen Moskaus aus Ölexporten zu schmälern. Gleichzeitig wollen sie die Energielieferungen in den Westen ohne preistreibende Effekte aufrechterhalten. In einer gemeinsamen Erklärung riefen die G7 zudem alle ölimportierenden Länder dazu auf, sich dieser Maßnahme anzuschließen und damit Teil einer "Koalition für eine Ölpreisobergrenze" zu werden.

Der Kern des Planes ist, den Seetransport von Rohöl und Erdölprodukten russischen Ursprungs weltweit nur noch möglich zu machen, wenn das Öl unter einem bestimmten Preis gekauft wurde. Als Druckmittel für die Durchsetzung dieses Ansinnens wollen die G7-Länder wohl Versicherungen für Öl-Tanker heranziehen. Diese Art von Dienstleistungen werden zu einem großen Teil von Unternehmen angeboten, die sozusagen in westlicher Hand sind. Den Meldungen zufolge soll die Versicherung jener Schiffe, die russisches Rohöl über das vereinbarte Preisniveau hinaus transportieren, verboten werden.

Russland hatte bereits erklärt, dass es auf jegliche Preisobergrenzen für sein Öl reagieren wird, indem es nur Rohöl in jene Länder liefert, die die Maßnahme nicht umsetzen. Der Sprecher des Präsidenten, Dmitri Peskow, erklärte vor wenigen Tagen, dass diejenigen Länder, die Preisobergrenzen verhängten, "nicht zu den Empfängern von russischem Öl gehören werden." Zudem warnte er davor, dass Preisobergrenzen zu einer erheblichen Destabilisierung des globalen Ölmarktes führen würden.

Auch bezüglich des Verbots von Versicherungen kam aus Moskau inzwischen eine Reaktion. Russland könnte eine eigene Gesellschaft gründen, welche Versicherungsdienstleistungen für Tanker anbietet, die Rohöl aus Russland ins Ausland transportieren. Mit diesen Worten zitierte die russische Nachrichtenagentur Tass den Energieminister Nikolai Schulginow. Demnach habe der Minister am Rande des 7. Wirtschaftsforums Ost in Wladiwostok gegenüber der Nachrichtenagentur erklärt:

"Wir untersuchen verschiedene Möglichkeiten, einschließlich der Nutzung einer Reihe von lokalen Versicherungsgesellschaften aus befreundeten Ländern."

Er fügte hinzu, dass auch die Gründung einer neuen Versicherungsgesellschaft in Russland eine Option sei, die jedoch die gegenseitige Anerkennung durch andere Länder voraussetzen würde.

Die Financial Times hatte vergangene Woche berichtet, dass sich die EU und Großbritannien darauf geeinigt hätten, ein koordiniertes Verbot für Versicherungen für russische Schiffe einzuführen. London jedoch – als Sitz des weltweit tätigen Versicherungskonzerns Lloyd's, der zu den größten Anbietern dieser Dienstleistung weltweit gehört – habe beschlossen, diesen drastischen Schritt zu verschieben. Das Vereinigte Königreich hatte zwar bereits ein Versicherungsverbot für Tanker verhängt, die russisches Öl in das Land transportieren, aber die Maßnahme wird nun erst 2023 in Kraft treten.

Wie die Neue Zürcher Zeitung berichtet, soll im geplanten sechsten Sanktionspaket der EU gegenüber Moskau auch ein Verbot von Versicherungen für Tankschiffe mit russischem Erdöl enthalten sein. Darauf hätten sich die 27 EU-Staats- und -Regierungschefs bei dem Gipfel

Anfang der Woche in Brüssel [geeinigt](#). Doch auch diese Zeitung schreibt, mit Verweis auf eine Meldung des Wall Street Journals, dass die Versicherungsunternehmen eine Übergangsfrist von sechs Monaten bekommen sollen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631868aeb480cc2d9f0049ba.jpg>

16:16 de.rt.com: **Armenischer Premierminister verweist auf Kräfte, die Russlands "Beschäftigung mit der Ukraine" ausnutzen wollen**

In seiner Rede auf dem Ostwirtschaftsforum (EEF) sagte der armenische Ministerpräsident Nikol Paschinjan, dass es Kräfte gebe, die Russlands Beschäftigung mit der Ukraine-Krise nutzen wollten, um in der Zwischenzeit die Kaukasusregion zu destabilisieren. Er sagte insbesondere:

"Wir sind besorgt darüber, dass es Kräfte gibt, die davon ausgehen, dass Russland, das ein wichtiger Sicherheitsfaktor in unserer Region ist, zu sehr mit der ukrainischen Frage beschäftigt ist und dass dies als günstige Gelegenheit genutzt werden kann, um die Situation zu destabilisieren."

Er wies auch darauf hin, dass ein destabilisierender Einfluss auf die Situation in dem Gebiet von jenen Akteuren ausgeübt wird, die aktiv versuchen, Armenien in Moskau als ein Land mit einer pro-westlichen Regierung darzustellen und im Westen als "ein stark pro-russisches Land mit einer pro-russischen Regierung".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63188c8c48fbef0ff555b216.jpg>

Der armenische Premierminister Nikol Paschinjan spricht zum Publikum auf der Plenarsitzung des Ostwirtschaftsforums 2022 (EEF) in Wladiwostok, Russland

16:39 de.rt.com: **Saporoschje-Beamter beschuldigt Kiew der "Verwertung" der ukrainischen Bevölkerung**

Das Mitglied des Hauptrates der Gebietsverwaltung von Saporoschje, Wladimir Rogow, hat den Kiewer Behörden eine Politik des "Verwertens" des ukrainischen Volkes vorgeworfen. Er erklärte gegenüber [RIA Nowosti](#):

"Aufgrund des mangelnden Kampfwillens der Ukrainer werden Selenskij Kämpfer ganze Frontabschnitte entblößen. Die Zahl der Opfer der sogenannten Offensive am Frontabschnitt Cherson beläuft sich bereits auf mindestens 4.000 Menschen. Die Krankenhäuser und Leichenhallen in Kriwoi Rog, Nikolajew und Odessa sind überfüllt. Das Regime von Selenskij verfolgt eine Politik der Beseitigung der Bevölkerung in den von ihm kontrollierten Gebieten."

Zuvor hatte das russische Verteidigungsministerium mitgeteilt, dass die ukrainischen Truppen ihre Offensive am Frontabschnitt Nikolajew-Kriwoi Rog in Richtung Cherson wegen schwerer Verluste eingestellt hätten.

16:54 de.rt.com: **Vučić: Kompromiss im Ukraine-Konflikt wohl nicht möglich**

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić hat am Mittwoch erklärt, er glaube nicht, dass ein Kompromiss zur Lösung des Konflikts in der Ukraine erreicht werden könne. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdoğan sagte er laut [TASS](#):

"Es wäre das Beste, wenn der Krieg aufhört und alle Menschen, sowohl die eine als auch die andere Seite, nach Kompromisslösungen suchen. Aber um nicht dumm dazustehen, werde ich Ihnen gleich sagen, dass ich nicht glaube, dass dies geschehen kann."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631891d748fbef104f7e6236.jpg>

Aleksandar Vučić

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 7. September 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In den befreiten Ortschaften wurden Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken durchgeführt.

An Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich mehr als 5700 Menschen.

Der Anschluss von Verbrauchern in Showtnewoje, Iljtischewskoje, Ordshonikidsewskoje und dem Primorskij-Bezirk von Mariupol an die Gasversorgung geht weiter.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 22 Hektar Territorium untersucht und 312 explosive Objekte entschärft.

Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven

Objekten übersät sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Donezk und anderer Städte der DVR abgeworfen. Zur Zeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.

Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:14 de.rt.com: **Britischer Söldner behauptet, Kiew fehle es an Kräften für eine Gegenoffensive**

Der britische Söldner Mark Ayres, der auf ukrainischer Seite steht und bei den Kämpfen im Donbass verwundet wurde, erklärte gegenüber dem [Nachrichtensender CNN](#), dass die ukrainische Seite nicht über die Ressourcen für eine groß angelegte und schnelle Offensive verfüge. Er sagte:

"Es wird nicht schnell gehen; es ist ein harter, langsamer Kampf, Meter für Meter, Position für Position, denn wir haben nicht die Mittel, um einen massiven Blitzkrieg mit Massen von Artillerie und Panzern zu führen."

Ayres meinte auch: Das größte Problem auf dem Schlachtfeld wäre, dass man den russischen Truppen "zahlen- und waffenmäßig" unterlegen sei. Den ukrainischen Streitkräften fehle es an schweren Waffen wie Artillerie und Panzern, so Ayres gegenüber CNN. Eine begrenzte Anzahl von den USA und der NATO bereitgestellter Waffen wie HIMARS, Haubitzen und Javelin-Panzerabwehrraketen haben sich in diesem Kampf als nützlich erwiesen – sie reichen jedoch nicht aus, um "mit der Feuerkraft des Gegners mitzuhalten".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63189d0048fbef11107230e5.jpg>
g

17:25 de.rt.com: **Putin zu Nord Stream und Scholz: "Er kann lange vor der Turbine posieren – sie ist unser Eigentum"**

Russland kommt mit der wirtschaftlichen, finanziellen und technologischen Aggression des Westens zurecht, so Putins Zwischenbilanz auf dem Östlichen Wirtschaftsforum. An den westlichen Sanktionen leide erstens der Westen selbst, und zweitens die Entwicklungsländer. Auf dem Östlichen Wirtschaftsforum in Wladiwostok bezeichnete Wladimir Putin die Politik

des kollektiven Westens gegenüber Russland als Aggression. Diese habe allerdings nur wenig Wirkung auf die Lage im Land gezeigt, man komme damit gut zurecht:

"Ich spreche von Aggression, es gibt kein anderes Wort dafür.

Russlands Währungs- und Finanzmarkt haben sich stabilisiert, die Inflation sinkt und die Arbeitslosigkeit ist auf einem historischen Tiefstand. Die Einschätzungen und Prognosen zur Wirtschaftsdynamik, auch von Seiten der Unternehmer, sind heute wesentlich optimistischer als zu Beginn des Frühjahrs."

Die Inflation dürfte in diesem Jahr bei etwa 12 Prozent liegen, prognostizierte Putin.

Insgesamt habe die Sanktionspolitik des Westens gegenüber Russland mit dem erklärten Ziel der Isolation schlicht und ergreifend versagt:

"Egal wie sehr jemand es sich wünscht, Russland zu isolieren, das ist unmöglich. Schauen Sie einfach auf die Karte. [...] Jetzt gibt es einen echten Logistik-Boom. Das Volumen des Frachturnschlags und des Containerumschlags ist so groß, dass die Fachleute Tag und Nacht arbeiten, ohne Betriebspausen am Wochenende. Unter Nutzung unserer natürlichen Wettbewerbsvorteile werden wir unser Verkehrspotenzial weiter ausbauen, unsere Straßen- und Schienennetze erweitern, neue [Land]Zugänge zu den Seeterminals schaffen und deren Kapazität erhöhen."

Die Pläne für die Erneuerung der Infrastruktur des Landes sind laut dem russischen Präsidenten umfangreich: So sollen zusätzliche fünf Milliarden Rubel pro Jahr für die Stadterneuerung im Russischen Fernen Osten bereitgestellt werden. Außerdem hat Putin das Ziel gesetzt, die Volumina des Wohnungsbaus zu steigern. Speziell den Ausbau der Logistikkapazitäten betreffend steckte Putin folgendes Ziel ab: Es sei notwendig, auf der gesamten Länge des Nördlichen Seewegs Möglichkeiten für die Bedienung von Schiffen zu schaffen. In den nächsten drei Jahren werde die Zahl der von der Einheitsfluggesellschaft "Aurora" (letztes Jahr auf der Grundlage einer gleichnamigen russischen Fluggesellschaft geschaffen) bedienten Strecken die Zahl 530 überschreiten. Im Zusammenhang damit, aber auch weiteren derartigen Tendenzen neben der Kampagne zum Importersatz, soll die russische Luftverkehrsbranche eine systematische "Umrüstung" durchlaufen – dafür dürften vor allem [Maschinen aus russischer Herstellung](#) vorgesehen sein.

Auch im Bereich der Rohstoffgewinnung wirken die Sanktionen kaum: Russland habe die Rohstoff gewinnende Industrie vor den Handlungen unfreundlicher Länder geschützt, so Putin. Jetzt hätten nur noch Unternehmen unter russischer Gerichtsbarkeit das Recht, die russischen natürlichen Ressourcen zu fördern. Besondere Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang der Kommentar des russischen Präsidenten zu den Erdgas-Pipelines Nord Stream 1 und 2 aus Russland nach Europa: Russland sei jederzeit bereit, Gaslieferungen durch die neue Pipeline Nord Stream 2 an die EU aufzunehmen. Alle Sanktionen gegen die russischen Erdgasexportunternehmen, etwa eine Verhängung einer Preisobergrenze, habe keinen Sinn: Der europäische Erdgasmarkt sei kein Premium-Markt mehr, und wenn die europäischen Staaten die Vorteile der Zusammenarbeit nicht brauchten – etwa Preisvorteile von Röhrengas im Vergleich zu Flüssigerdgas –, so gebe es laut Putin "andere Staaten, die zur Zusammenarbeit mit jedem Staat [und damit auch mit Russland] bereit sind."

In der Tat seien im Vergleich zu einer Inbetriebnahme von Nord Stream 2 die Aktivitäten der EU um Nord Stream 1 deutlich sinnvoller. Was die letztgenannte Pipeline anbetrifft, hatte Russlands Staatschef insbesondere für Olaf Scholz mit seiner jüngsten Foto-Session vor einer Kompressor-Turbine nur folgende Bemerkung übrig:

"Was Nord Stream 1 anbelangt, so kann man sich vor der Gasturbine so lange ablichten lassen wie einem beliebt – aber sie ist unser Eigentum."

Insgesamt hätten die Sanktionen anstatt Russland dem Westen eher selbst geschadet, aber auch Ländern der Dritten Welt, hielt Putin fest. Im Wesentlichen seien die USA dabei, die Lebensqualität der Menschen in Europa zu opfern, um die US-Diktatur in der Welt aufrechtzuerhalten. Dabei sinke aufgrund der Rückkopplungs- und Nebeneffekte der

Sanktionen, aber auch wegen der Gegensanktionen seitens Russlands selbst, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Europa. Viele von ihnen müssten wohl schließen. Außerdem sinke das Vertrauen in die Hauptwährungen des Westens – den US-Dollar, den Euro und das Pfund Sterling – zunehmend. Und all dies nur, weil der Westen versuche, eine Weltordnung zu bewahren, die einzig und allein dem Westen nütze, so Putin. Und dass die Dominanz der USA in der Welt den Politikern bereits entgleite, sei eben zu einem Katalysator für die Sanktionspolitik geworden.

Im Wesentlichen bedrohe das Sanktionsfieber des Westens die ganze Welt und nicht den Westen allein, brachte Putin es auf den Punkt. Das Aufkaufen von Lebensmitteln durch den Westen treibe die Preise in die Höhe, was zu einer Tragödie für die ärmsten Länder führen könnte. Der russische Präsident bemängelte die Nichteinhaltung des Getreideabkommens durch die westliche Seite: Praktisch das gesamte aus der Ukraine exportierte Getreide sei nicht für die ärmsten Länder, sondern für die EU-Staaten bestimmt. Wladimir Putin meinte auf dem Östlichen Wirtschaftsforum wörtlich dazu:

"Im Rahmen des UN-Welternährungsprogramms, das den bedürftigsten Ländern helfen soll, wurden nur zwei Schiffe beladen. Ich betone: nur zwei von 87. Und von 2 Millionen Tonnen Lebensmitteln wurden nur 60.000 Tonnen – und somit nur 3 Prozent dieser Menge – in Entwicklungsländer geliefert."

Der Präsident fügte hinzu, dass die EU die Entwicklungsländer wieder einmal getäuscht habe, und auch weiterhin täusche:

"Das ist einfach Betrug. Ein rüpelhaftes und unverschämtes Verhalten gegenüber den Partnern, um derentwillen dies alles angeblich getan wurde. Sie haben sie einfach vergackeiert."

Putin erinnerte, dass Schiffe mit ukrainischem Getreide nach Europa fahren, anstatt diese wichtige Ressource, wie vereinbart, in Regionen mit Nahrungsmittelbedarf zu liefern:

"Wir haben versprochen, alles zu tun, um die Interessen der Entwicklungsländer zu wahren... Das war es, worüber alle sprachen, als es zu diesem Thema kam. Was wir hier sehen, ist eine weitere dreiste Täuschung. Und hier geht es nicht um uns – sondern um eine Täuschung der internationalen Gemeinschaft, um eine Täuschung der Partner in Afrika und in anderen Ländern, die dringend Nahrungsmittel benötigen."

Dem russischen Präsidenten zufolge wurden auch schon vor einem Monat nur 2 Schiffe – von 21, die mit Getreide aus der Ukraine ausliefen, in die Entwicklungsländer geschickt:

"Jetzt sind es schon 80 Schiffe, und die Menge an Lebensmitteln nimmt nicht zu."

Steigende Preise auf den Weltmärkten könnten für die meisten der ärmsten Länder, die mit Engpässen bei Nahrungsmitteln, Energie und anderen lebenswichtigen Gütern zu kämpfen haben, eine echte Tragödie bedeuten: Während im Jahr 2019 nach Angaben der UN 135 Millionen Menschen auf der Welt von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen waren, hat sich diese Zahl nun um das Zweieinhalbfache – auf 345 Millionen – vergrößert. Na, das ist doch einfach furchtbar."

Die Situation mit dem Getreide aus Russland sei schwierig, so Putin weiter: Es gebe zwar keine unmittelbaren Beschränkungen – dafür aber Beschränkungen bezüglich der Verfrachtung. Die Verfrachtung würde jetzt allerdings von den Sanktionen ausgenommen, die Situation sei dabei, sich zu ändern.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6318a10348fbef104f7e6254.jpg>

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) besichtigt die in Kanada für die Erdgas-Pipeline Nord Stream 1 gewartete Turbine, die zum Weitertransport nach Russland bereitstehen soll, 3. August 2022, Mülheim an der Ruhr

17:36 de.rt.com: **Russische Einheiten befreien Kodema in der Donezker Volksrepublik vollständig**

Die russischen Streitkräfte haben das Dorf Kodema im Donbass vollständig befreit, teilte das russische Verteidigungsministerium am 7. September in einer [Erklärung](#) mit. Darin heißt es: "Als Ergebnis einer erfolgreichen Offensive in der Donezker Volksrepublik haben Einheiten der russischen Streitkräfte das Dorf Kodema vollständig von Nationalisten befreit."

17:46 de.rt.com: **EU-Kommission will der Ukraine weitere 5 Milliarden Euro überweisen**

Wie die EU-Kommission heute in einer Pressemitteilung verkündet, schlägt sie die Auszahlung einer weiteren Kredittranche in Höhe von 5 Milliarden Euro an die Ukraine vor. Die Kommission gibt dazu Bonds aus, für die die EU-Staaten gemeinsam haften. Die Ukraine kann die laufenden Staatsausgaben nicht aus eigener Kraft finanzieren. Die EU-Kommission steht dem Land daher mit Krediten zur Seite. Im Rahmen einer beschlossenen Finanzhilfe für die Ukraine im Umfang von insgesamt 9 Milliarden Euro schlägt die EU-Kommission jetzt die Auszahlung einer weiteren Tranche in Höhe von 5 Milliarden Euro vor. Eine erste Zahlung aus der bereits im Mai von den Staats- und Regierungschefs beschlossenen Unterstützung erfolgte im August, eine weitere Zahlung in Höhe von drei Milliarden Euro soll so schnell wie möglich auf den Weg gebracht werden. Für die Hilfe in Form von langfristigen Krediten hat die EU-Kommission Eurobonds ausgegeben, für welche die Mitgliedstaaten der EU im Fall eines Zahlungsausfalls haften.

Mit der Aufnahme von Schulden an den Finanzmärkten verstößt die EU-Kommission gegen bestehende Verträge. Eine Schuldenaufnahme ist ihr dezidiert verboten. Im Rahmen des Corona-Wiederaufbaufonds hat die Kommission das Verbot zum ersten Mal gebrochen. Es sollte eine der Not geschuldete Ausnahme bleiben. Jetzt verstetigt die Kommission diesen Prozess.

Die Wahrscheinlichkeit, dass die Ukraine ihre Schulden bedient, ist gering. Sie benötigt die Gelder nicht für langfristige Investitionen, sondern für laufende Ausgaben. Wie die Ukraine ein Wirtschaftswachstum erzeugen will, auf dessen Grundlage sie künftig ihre Schulden bedienen kann, ist aktuell nicht absehbar. Im wahrscheinlichen Fall eines Zahlungsausfalls würden dann die Nationalstaaten der EU einspringen. Kommissionspräsidentin von der Leyen versichert der Ukraine dessen ungeachtet weitere Unterstützung:

"Die Unterstützung der EU für die Ukraine ist unerschütterlich. Wir sind mit unseren Herzen, unseren Gedanken und unseren Taten an der Seite der mutigen Ukrainer und Ukrainerinnen. Heute schlägt die EU-Kommission eine weitere makroökonomische Finanzhilfe in Höhe von

5 Milliarden Euro vor, um die Ukraine dabei zu unterstützen, ihren unmittelbaren Finanzbedarf zu decken, der durch die brutale Invasion Russlands verursacht wurde. Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen. Sie muss die Freiheit und Unabhängigkeit zurückgewinnen, für die sie so mutig kämpft. Die EU wird weiterhin ihren Teil dazu beitragen, dass dies geschieht. Solidarität wird siegen und Frieden wird einkehren." Die Ukraine ist inzwischen allerdings völlig von ausländischen Geldgebern abhängig und damit so unfrei wie nie zuvor in ihrer jungen Geschichte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6318967348fbef107a4d1b03.jpg>
EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen bekundet auch optisch gern ihre Solidarität mit der Ukraine.

17:53 de.rt.com: **Gebiet Cherson will Referendum über Beitritt zu Russland am 4. November durchführen**

Der Vizeleiter der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Cherson, Kirill Stremoussow, hat der russischen Nachrichtenagentur TASS mitgeteilt, dass seine Region das geplante Referendum über einen Beitritt zu Russland am 4. November durchführen könnte. Man werde sich für dieses Datum vorbereiten, erklärte Stremoussow.

Zuvor hatte der Sekretär des Generalrates der russischen Regierungspartei Einiges Russland, Andrei Turtschak, erklärt, er halte es für richtig, die Abstimmung über einen Beitritt des Donbass und der vom russischen Militär kontrollierten Gebiete zu Russland am Tag der nationalen Einheit durchführen zu lassen, der jeweils am 4. November gefeiert wird. Dem Politiker zufolge vereine dieses historische Datum die russische Welt, "von der die Einwohner des Donbass und der befreiten Territorien träumen". Turtschak zeigte sich zuversichtlich, dass das Referendum noch in diesem Jahr stattfinden werde.

Der stellvertretende Verwaltungschef von Cherson sagte in diesem Zusammenhang der TASS, er sei mit Turtschaks Planung einverstanden.

"Alle glaubten daran, dass das Referendum im September stattfinden würde. Ein konkretes Datum wurde jedoch nicht genannt."

Man werde sich für den 4. November vorbereiten, obwohl man bereit sei, das Referendum schon jetzt durchzuführen, erklärte Stremoussow. Er prognostizierte eine Beteiligung von 80 Prozent.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6318c0b7b480cc1a20627aa2.jpg>

Eine Freiwillige verteilt am 4. November 2020 in Rostow am Don Bändchen in den russischen Nationalfarben

abends:

18:22 de.rt.com: **Hilferuf nach Brüssel: Europas Metallindustrie steht vor dem Kollaps**
Vierzig namhafte Unternehmen wenden sich in einem offenen Brief an die EU-Präsidentin Ursula von der Leyen, um auf ihre katastrophale Versorgungslage hinzuweisen. Sie fordern unter anderem eine sofortige Absenkung der Strompreise und Subventionen – ansonsten drohen massive Produktionsstopps.

Der Branchenverband Eurometaux appellierte am Mittwoch mit einem offenen Brief an die Europäische Union eine sofortige Senkung der Stromkosten zu veranlassen, um die dauerhafte Schließung von Metallproduktionsanlagen zu verhindern, das berichten unter anderem die Deutschen Wirtschaftsnachrichten sowie Reuters.

Demnach seien etwa "50 Prozent der EU-Produktionskapazitäten für Aluminium und Zink aufgrund der Stromkrise bereits vom Netz gegangen", schrieb der Verband an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Eurometaux erwartet, dass die Europäische Union die 50-Millionen-Euro-Schwelle für Subventionen anhebt, die die EU-Länder angeschlagenen Unternehmen anbieten können, indem sie Steuern und Umlagen auf Strom und Gas begrenzen und einen EU-Nothilfefonds für energieintensive Industrien einrichten. Der Verband betonte, dass die Energiekrise eine "existenzielle Bedrohung für die Zukunft der europäischen Metallhütten" darstellt. In dem Brief, der von 40 Chefs namhafter europäischer Unternehmen – darunter die Vorstands-Vorsitzenden der Wieland-Werke AG in Ulm mit 8.000 Mitarbeitern sowie der Trimet Aluminium AG in Essen mit 1.700 Angestellten – unterzeichnet wurde, hieß es weiter:

"Wir fordern die Staats- und Regierungschefs der EU und der Mitgliedstaaten auf, Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um ihre strategischen stromintensiven Industrien zu erhalten und dauerhafte Arbeitsplatzverluste zu verhindern"

Das Herunterfahren der Zink-, Aluminium- und Siliziumproduktion hat die Verbraucher in der europäischen Stahl-, Auto- und Bauindustrie bereits mit schweren Engpässen konfrontiert, doch werden diese in "größeren Mengen für Europas Netzinfrastruktur, Elektrofahrzeuge, Sonnenkollektoren, Windturbinen und Wasserstoff-Elektrolyseure benötigt", heißt es final in dem Schreiben.

Die EU-Minister treffen sich am 9. September, um dringende Maßnahmen zu beschließen, um auf einen Anstieg der Gas- und Strompreise infolge der antirussischen Sanktionen zu reagieren.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6318950e48fbef107a4d1afa.jpg>
 Produktion von Aluminium bei der TRIMET Aluminium SE in Essen, NRW, 29.5.2018

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 07.09.22**

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **mehr als 170 Geschosse** mit Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **7 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses wurden **4 Zivilisten verletzt**. 14 Gebäude und 2 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Zurzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **5 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 8 verletzt** wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:41 de.rt.com: **"Estlands Verteidigungsministerium fehlt ein Psychiater": Duma-Sprecher spottet über estnisches Projekt des Partisanenwiderstands**

Der Sprecher der Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, reagierte auf die Nachricht, dass das estnische Verteidigungsministerium mit den Vorbereitungen für eine mögliche russische Besetzung des Landes begonnen hat. Der estnische Staatssender ERR hatte zuvor berichtet, dass das Land einen Gesetzentwurf vorbereite, der die Verteidigungskräfte ermächtigt, sich auf den bewaffneten Widerstand vorzubereiten – insbesondere zur Einrichtung von Agentennetzwerken und unterstützender Infrastruktur, wie beispielsweise konspirative Wohnungen und Verstecke zur Lagerung von Ausrüstung.

Wolodin [spottete](#) auf seinem Telegram-Kanal:

"Es gibt keine andere Erklärung für solche Aktionen als das Fehlen eines Psychiaters im estnischen Verteidigungsministerium. Es gibt nur einen Ausweg: Man muss ihn aus Russland entsenden. Im Rahmen einer humanitären Mission."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6318a95bb480cc03f27c27a7.jpg>

Wjatscheslaw Wolodin

19:04 de.rt.com: **Kiew bekennt sich erstmals offiziell zu Raketenangriffen auf Schwarzmeer-Halbinsel Krim**

Die Ukraine hat sich zu Angriffen auf mehrere russische Luftwaffenstützpunkte auf der Schwarzmeer-Halbinsel Krim von vor knapp einem Monat bekannt. Der ukrainische Oberbefehlshaber Waleri Saluschny schrieb in einem am Mittwoch von der Nachrichtenagentur Ukrinform veröffentlichten Artikel:

"Es geht um eine Serie von erfolgreichen Raketenanschlägen auf die Luftwaffenbasen auf der Krim, vor allem um den Flugplatz Saki."

Das Ziel der Angriffe sei es gewesen, den Russen auch in entfernteren Gebieten zu verdeutlichen, dass es einen realen Krieg mit Verlusten und Niederlagen gebe. Der ukrainische Militär teilte jedoch nicht mit, welche Raketen dabei zum Einsatz gekommen sind. Ihm zufolge würden die ukrainischen Streitkräfte im Jahr 2023 solche Angriffe ausweiten. Dafür würden sie aber neue Waffensysteme benötigen. Saluschny nannte dabei Raketen mit einer Reichweite von bis zu 300 Kilometern für die US-amerikanischen HIMARS-Raketenwerfer.

Das russische Verteidigungsministerium hatte zuvor erklärt, dass es am 9. August auf dem Flughafen Saki in der Ortschaft Nowonefjodowka zu Detonationen von Munitionsstücken gekommen sei. Flugzeuge seien dabei nicht beschädigt worden. Die Behörde betonte, dass es keine Feuereinwirkung auf das Munitionslager gegeben habe. Als Hauptursache des Zwischenfalls gelte ein Verstoß gegen die Brandschutzvorschriften. Eine Person sei ums Leben gekommen, weitere neun, darunter sechs Kinder, hätten Splitterverletzungen erlitten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6318c90d48fbef104f7e6298.jpg>

Rauch steigt am 9. August 2022 über dem Flugplatz Saki in der Ortschaft Nowoneffjodowka auf der Schwarzmeer-Halbinsel Krim auf

19:33 de.rt.com: **DVR verhandelt über Anerkennung als Staat mit sieben Ländern in Asien, Afrika und Lateinamerika**

Die Außenministerin der Volksrepublik Donezk, Natalia Nikonorowa, hat einer örtlichen Nachrichtenagentur mitgeteilt, dass ihr Land momentan mit sieben Ländern in Asien, Afrika und Lateinamerika verhandele, um von ihnen als Staat anerkannt zu werden. Die Botschafterin der Republik in Russland, Olga Makejewa, habe sich zu diesem Zweck mit Vertretern dieser Länder in Moskau getroffen.

Zuvor hatte Nikonorowa der russischen Nachrichtenagentur TASS erklärt, ihr Ressort verhandele über die Anerkennung mit fast allen Ländern, die eine neutrale Stellung gegenüber der russischen Sonderoperation in der Ukraine bezogen oder sie unterstützten hatten.

Südossetien hatte die Souveränität der Volksrepubliken Lugansk und Donezk noch im Jahr 2014 anerkannt – als erstes Land weltweit. Am 21. Februar 2022 erklärte auch Russland die Donbass-Republiken zu unabhängigen Staaten. Vier Tage später wurde ihre Souveränität von Abchasien anerkannt. Am 29. Juni folgte diesem Schritt auch Syrien. Am 13. Juli wurden die Donbass-Republiken von Nordkorea als unabhängige Staaten anerkannt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6318aa4148fbef0ff555b24f.jpg>

Die Flagge der Volksrepublik Donezk wird am 22. August 2022 bei einer feierlichen Veranstaltung in Donezk gehisst

20:05 de.rt.com: **DVR: Einwohner von Donezk stößt auf Antipersonenmine – Zahl der Opfer steigt auf 62**

Die Behörden der Volksrepublik Donezk haben am Mittwoch über einen weiteren Verletzten durch eine ukrainische Schmetterlingsmine vom Typ PFM-1 berichtet. Bei dem Opfer handele es sich um einen 34-jährigen Mann. Der Vorfall habe sich im Kirow-Bezirk der Hauptstadt der Volksrepublik ereignet. Der Betroffene habe einen Fuß verloren und mehrere Splitterverletzungen erlitten.

Nach Angaben der Behörden sei somit die Zahl der Opfer auf 62 gestiegen. Unter ihnen seien auch zwei Kinder. Eine Person sei ihren Verletzungen im Krankenhaus erlegen.

Die in der UdSSR entwickelten Anti-Personen-Streulandminen PFM-1 sind dafür ausgelegt, insbesondere Füße und Beine zu verletzen. Tritt eine Person auf den "Schmetterling", müssen ihr infolge der Verletzungen oft Füße oder Beine amputiert werden. Die Sprengsätze dieses Typs sind besonders heimtückisch, weil sie relativ klein und unauffällig sind. Sie können von Flugzeugen, Hubschraubern und Artillerieraketen abgeworfen werden.

Solche Minen sind international verboten. Die Behörden von Donezk haben deren Einsatz durch die ukrainische Armee jedoch in mehreren Ortschaften registriert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6318cea648fbef10ed6b7c93.jpg>

Antipersonenmine vom Typ PFM-1 auf einem Feld in der Nähe von Bachmut in der Volksrepublik Donezk, 6. September 2022